



# FRANKFURT magazin

CDU Frankfurt  
**Heimatschutz  
und Wehrpflicht**  
Falsche Weichenstellungen  
für die Sicherheit



CDU-Fraktion  
**Straßenreinigung**  
Änderung der  
Bemessungsgrundlage



CDU-Fraktion  
**Herbst-  
Ferienfraktion**  
Von der Zeil  
zum Hauptbahnhof



Magazin fragt  
Petra Roth  
antwortet



## Frauen- und Familienpolitik für Frankfurt am Main



Nr. 5 Dezember 2004

**Titelbild:**  
Römer, Frankfurt/M.

Editorial ..... 3

**THEMA**

Frauen- und Familienpolitik in der Großstadt ..... 4

Heimatschutz und Wehrpflicht sind eng miteinander verbunden ..... 6

**AUS DER PARTEI**

Zielvereinbarung: „Auf dem Weg zur Hessenpartei“ ..... 8

Deutschland – Der Abstieg eines Superstars ..... 9

Chemiearbeitsplätze sichern! ..... 10

Die Europäische Union als Werte- und Glaubensgemeinschaft ..... 11

CDU vor Ort ..... 12

Jubiläen ..... 16

Pressearbeit ..... 17

**AUS DER FRAKTION**

Fraktion vor Ort – Von der Zeil zum Hauptbahnhof bei herbstlichem Wetter ... 18

Bemessungsgrundlage für Straßenreinigung musste geändert werden ..... 20

Laub-Sammelaktion am 22. September 2004 ..... 21

Barrierefreies Kaffee-Gespräch der CDU-Fraktion ..... 22

Der Integrationsbericht 2003 der Stadt Frankfurt am Main ..... 23

Uwe Becker zu Besuch im interkulturellen Altenhilfezentrum ..... 23

Mobilitätspotenziale im Frankfurter Radverkehr nutzen ..... 24

Aus der Fraktion ..... 25

Hartz IV und „Frankfurt Jobs“ ..... 26

Gripeschutzimpfung ..... 26

Klausurtagung der CDU-Fraktion in Bad Ems vom 11. bis 13. November ..... 27

Pressearbeit ..... 28

Anträge und Anfragen ..... 30

**DAS FRANKFURT MAGAZIN FRAGT**

Petra Roth antwortet ..... 31

## Impressum

**Herausgeber:**  
CDU-Kreisverband  
und CDU-Fraktion  
Frankfurt am Main

CDU-Kreisverband:  
Hanauer Landstraße 7 (Zoopassage)  
60314 Frankfurt am Main  
Tel.: (069) 153099-0  
E-Mail: [cdufrankfurtmain@t-online.de](mailto:cdufrankfurtmain@t-online.de)  
[www.cdu-ffm.de](http://www.cdu-ffm.de)

CDU-Fraktion:  
Bethmannstraße 3  
60311 Frankfurt am Main  
Tel.: (069) 138728-0  
E-Mail: [post@cdu-fraktion-ffm.de](mailto:post@cdu-fraktion-ffm.de)  
[www.cdu-fraktion-ffm.de](http://www.cdu-fraktion-ffm.de)

**Redaktion:**  
Thomas Feda (tf), (v.i.S.d.P. für Parteiteil)  
Joachim Rotberg (jr)  
Michaela Wanka (mw)  
(v.i.S.d.P. für Fraktionsteil)

**Freie Autoren:**  
Joachim Gres (jg), Dr. Karsten Meyerhoff  
(km), Iris Teichmann (it)

**Druck:**  
m/p/m DigitalAgentur  
media process management GmbH  
Tel.: (06131) 9569-20  
E-Mail: [info@digitalagentur-mpm.de](mailto:info@digitalagentur-mpm.de)

Namentlich gekennzeichnete Artikel  
geben nicht unbedingt die Meinung der  
Herausgeber und der Redaktion wieder.

**Redaktionsschluss für die  
nächste Ausgabe: 21. Februar 2005**

## CDU-Fraktion begrüßt Rauchverbot an Frankfurter Schulen für Schüler und Lehrer

„Endlich passiert etwas! Immer mehr Schüler greifen auch in Frankfurt zunehmend früher zur Zigarette. In Frankfurt rauchen mehr als ein Drittel der Schüler in den Klassen 10 bis 12. In der Altersklasse von 12 bis 15 Jahren rauchen bereits mehr als 20 Prozent der Mädchen. Die Neuregelung war überfällig. Die CDU-Fraktion begrüßt das Rauchverbot an Schulen ausdrücklich“, kommentierte die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, das 3. Gesetz zur Qualitätssicherung in hessischen Schulen.

„Es wird für Schülerschaft und Lehrerkollegium nicht leicht sein, das Rauchverbot konsequent umzusetzen. Es ist wichtig, dass die Schulen mit Präventionsmaßnahmen und Workshops in den Klassen auf das Gesetz reagieren. Die aktuellen Entwicklungen sind erschreckend und erfordern ein Handeln. Das durchschnittliche Einstiegsalter für das Zigarettenrauchen liegt bei nur noch 12,5 Jahren. In dieser Altersgruppe ist die Gefahr irreparabler Gesundheitsschäden durch das Rauchen am größten. Und viel schlimmer: Studien belegen, dass Zigaretten nicht selten als Einstiegsdrogen zum Konsum illegaler Drogen führen“, führte Birkenfeld aus. Rund die Hälfte aller Frankfurter Schüler hat einer Studie zufolge schon einmal Drogen ausprobiert.





## Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

die CDU Hessen geht neue Wege in der Frauen- und Familienpolitik. Wir haben mit dieser programmatischen Kurskorrektur das alte Rollenverständnis von Familie und Frau den gesellschaftlichen Entwicklungen und der Wirklichkeit angepasst: auch Kinderwunsch und Berufsleben miteinander in Einklang zu bringen. Mit diesem Programm hat die CDU Hessen die notwendigen Impulse für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesetzt und Anstöße für gesellschaftliche Reformen gegeben. Aufgrund der besonderen Herausforderungen in einer Großstadt ist eine weitergehende inhaltliche Ausrichtung notwendig. Hier gilt es, den Bedürfnissen einer Metropole wie Frankfurt am Main gerecht zu werden, wie bspw. auch den Interessen von Alleinerziehenden. Wir müssen unser, in der Bevölkerung zu Unrecht vorhandenes Profil einer stark auf das klassische Familienbild zugeschnittenen Partei revidieren. Diese Weichen sind richtig gestellt worden.

Das neue Bundeswehrkonzept sieht die nahezu komplette Auflösung aller 250 nicht-aktiven Verbände und Strukturen mit über 280.000 Reservisten vor. Dabei ist die Reserve für den Heimatschutz eines Flächenstaates wie die Bundesrepublik Deutschland unentbehrlich. Dies gilt umso mehr in Zeiten terroristischer Bedrohung und sich häufender unberechenbarer Umwelt- und Naturkatastrophen. Angesichts der massiven Personal- und Standortreduzierung sind Zweifel angebracht, ob die Bundeswehr dann noch schnelle Hilfe leisten kann. Deutschland ist bisher von Anschlägen verschont geblieben. Eine vorausschauende Sicherheitspolitik darf diese Möglichkeit jedoch nicht ausschließen, sondern muss Vorsorge treffen. Struck setzt mit seiner Reform einen funktionierenden Heimatschutz unnö-

tig aufs Spiel. Hier werden in Berlin die Weichen falsch gestellt.

Für den Etat der Stadt Frankfurt sind die notwendigen Entscheidungen getroffen. Mit der Beschlussfassung des Doppelhaushalts 2005/2006 in der Dezembersitzung der Stadtverordnetenversammlung sind die finanzpolitischen Grundlagen für die kommenden



beiden Jahre gelegt. Die Botschaft dabei ist klar: Wir bleiben auf Konsolidierungskurs und setzen trotz der höheren Einnahmen bei der Gewerbesteuer in 2004 auf eine solide Haushaltspolitik. Trotz aller Unterschiede in Einzelfragen verliefen die Beratungen zum Haushalt im Bündnis konstruktiv. Schwerpunkt bleibt die Reform der öffentlichen Verwaltung, deren Aufga-

ben auf dem Weg zu einer modernen Dienstleistungsverwaltung weiter kritisch überprüft werden. Auch erwarten wir spürbare Entlastungen für den kommunalen Haushalt durch Hartz IV. Eine Neustruktur für die Sozialrathäuser der Stadt ist hier ein erster Schritt. Wir wollen gemeinsam Frankfurt als „die Einkaufsstadt Hessens“ stärken und die Zeil baulich aufwerten. Parallel zum derzeitigen Bau des neuen Einkaufszentrums auf dem ehemaligen Hauptpost- bzw. Telekomgelände wird damit auch die Zeil in neuem Glanz erstrahlen.

Frankfurt als Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort sichern und ausbauen ist Leitgedanke unserer Forderung zur Reduzierung der Gewerbesteuer. Für uns bleibt dieses Thema auf der Tagesordnung und wir werden 2006 um eine Mehrheit auch hierfür werben. Ähnlich verhält es sich mit dem Parkhaus unter dem Main. Wir wollen nicht nur zusätzliche Parkplätze unter dem Main realisieren, sondern durch die damit verbundene Tunnelführung der nördlichen Mainuferstraße auch den schönsten Uferplatz Deutschlands vor dem Eisernen Steg schaffen. Der Doppelhaushalt 2005/2006 ist der letzte Etat des Römerbündnisses. Auch wenn die Zusammenarbeit im Bündnis oftmals besser funktioniert, als dies in der veröffentlichten Meinung den Anschein hat, so ist für uns klar, dass es nach der Kommunalwahl keinen Vierer mehr geben wird. Denn: Wir können Frankfurt am besten!

Wir wünschen Ihnen und Ihren Angehörigen ein gesegnetes, friedvolles und besinnliches Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Familien und/oder Freunde, ein fröhliches Silvester und uns allen ein gutes Jahr 2005!

In diesem Sinne grüßen wir Sie herzlich,  
Ihre

Udo Corts MdL,  
Kreisvorsitzender

Uwe Becker,  
Fraktionsvorsitzender

# Viel getan – Viel zu tun

## Frauen- und Familienpolitik in der Großstadt

Die Frankfurter CDU unterstützt den auf dem Landesausschuss am 13. November 2004 in Hanau beschlossenen programmatischen Leitantrag „Für eine neue Frauen- und Familienpolitik“.

*Von Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, Stadtverordnete und Kreisvorsitzende der Frauen-Union Frankfurt am Main*

Mit dem Programm zur neuen Familien- und Frauenpolitik haben wir den richtigen Weg eingeschlagen. Es muss uns gelingen, die Rahmenbedingungen für Familien weiter zu verbessern. Wer Berufstätigkeit und Kinderwunsch miteinander vereinbaren möchte, darf nicht ohne Unterstützung bleiben.

Bisher wird der CDU, insbesondere in den Großstädten, ein stark auf das klassische Familienbild zugeschnittenes Profil attestiert und gleichzeitig ein Mangel an Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realitäten vorgeworfen. Obwohl wir in Frankfurt längst die Breite der gesellschaftlichen Herausfor-



*Berufstätigkeit und Kinderwunsch miteinander verbinden.*

derungen in unsere inhaltliche bildungs- und familienpolitische Arbeit übernommen haben, werden wir nur bedingt als Familienpartei wahrgenommen. Im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen im Jahr 2006 gilt es nun, das Landesprogramm in eine weitere inhaltliche kommunale Aus-

richtung der Frankfurter CDU für die besonderen Herausforderungen einer Großstadt einzubauen. Dabei wird die Unterstützung von Familien eine zentrale Rolle spielen, wengleich in Frankfurt mit über 50 % Single-Haushalten sowie den unterschiedlichsten Lebensgemeinschaften auch die Bedürfnisse anderer Bevölkerungsgruppen nicht vernachlässigt werden dürfen. Gerade in Frankfurt orientieren sich Bildung und Ausbildung an internationalen Anforderungen. Das erfordert eine nachhaltige Investition in Bildung und Ausbildung von Kindern. Gleichzeitig kann aber auch festgestellt werden, dass Bildungs- und Berufsbiografien kein einheitliches Muster mehr aufweisen, sondern sich flexibilisieren. Die Frankfurter CDU wird deshalb, wie in dem hessischen Familienprogramm dargelegt, die Voraussetzungen in Frankfurt schaffen, dass diese Flexibilisierung auch von den Eltern geleistet werden kann. Dazu ist die Einrichtung vielfältiger Betreuungs- und Bildungsangebote not-

### Eckpunkte der neuen Frauen- und Familienpolitik

- Flächendeckendes und bedarfsgerechtes Betreuungsangebot insbesondere für unter Dreijährige bis zum Jahr 2010
- Verfünfachung der Tageseltern-Plätze für unter Dreijährige bis zum Jahr 2010
- Freiwillige Ganztagsangebote in allen Schulzweigen flächendeckend bis zum Jahr 2015
- Verbesserung der Familienfreundlichkeit in Unternehmen
- Flächendeckend flexible Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten
- Bildungs- und Erziehungsplan von der Kleinkindbetreuung über Kindergarten bis in die Grundschule
- An familiäre Bedürfnisse angepasste Studienbedingungen
- Familienfreundliche Stadtplanung

wendig, die auf die Arbeitsbedingungen der Eltern ausgerichtet sind: Ein möglichst flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuung, insbesondere für Kinder unter drei Jahren, flächendeckend flexible Öffnungszeiten in den Kindergärten sowie die flächendeckende Einführung von freiwilligen Ganztagsangeboten in allen Schulzweigen. Dabei ist allerdings von der Landesregierung noch eine Differenzierung zwischen den großen Städten und den ländlichen Strukturen vorzunehmen. So ist der Bedarf an Ganztagsangeboten vor allem in den Ballungsräumen vorhanden, weniger im ländlichen Bereich. Die knappen Mittel müssen deshalb auf die Bereiche konzentriert werden, wo eine besondere Nachfrage besteht. Arbeitgeber in Wirtschaft, Verbänden und öffentlicher Verwaltung müssen zugleich ihren Beitrag leisten, damit Elternverantwortung wahrgenommen werden kann, ohne berufliche Perspektiven zu gefährden. Dazu gehört ein Höchstmaß an flexiblen Arbeitszeitregelungen, die es erlauben, die Erwerbszeit auch an den Bedürfnissen der Erziehenden zu orientieren. So kommt es gerade Frauen entgegen, wenn in betrieblichen Vereinbarungen neben flexi-



Bild: Fotia

Besondere Förderung und Zuwendung für Kinder unter drei Jahren.

blen Arbeitszeiten auch Regelungen über Jahresarbeitszeitkonten, Job-Sharing und Gleitzeitregelungen getroffen werden können. Ebenso muss bei der Frankfurter Stadtplanung und dem sozialen Wohnungsbau die Familienfreundlichkeit berücksichtigt werden. Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum oder Wohneigentum für junge Familien muss weiter ausgebaut werden, um dem Wegzug ins Umland entgegenzuwirken. Die kommunale Förderung soll dahingehend überarbeitet werden, dass familien- und kinderfreundliche

Wohnungen sowie Wohnformen für Mehr-Generationen-Wohnungen Vorrang haben.

Die Frankfurter CDU wird sich für die Vereinbarkeit von Familie, Erziehung und Beruf einsetzen. Wir akzeptieren, dass die Mehrheit der Frauen sich bewusst für Beruf und Familie entscheidet. Wir werden alles dafür tun, dass die sich daraus ergebenden Belastungen zu bewältigen sind. Es darf nicht daran scheitern, dass in einer internationalen Stadt wie Frankfurt am Main die notwendigen Betreuungsstrukturen und Arbeitsbedingungen fehlen.



Bild: opa

Ganztagsangebote auf freiwilliger Basis anbieten.

# Heimatschutz und Wehrpflicht sind eng miteinander verbunden

Kritik an der Konzeption von Bundesverteidigungsministers Struck zur Weiterentwicklung der Bundeswehr: falsche Weichenstellung für Deutschlands Sicherheit!

**Von Boris Rhein,  
Landtagsabgeordneter,  
und Thomas Feda,  
Kreisgeschäftsführer**

Obwohl die Sicherheit Deutschlands nicht mehr an den Grenzen verteidigt werden muss, ist die Gefahr von Terroranschlägen geblieben. Dabei sind die Grenzen zwischen innerer Sicherheit und äußerer Sicherheit fließend. Die reale und die gefühlte Sicherheitslage erfordern es, an der Wehrpflicht festzuhalten. Politisch wurde allerdings mit der beschlossenen Umstrukturierung der Bundeswehr der Anfang vom Ende der Wehrpflicht bereits eingeläutet. Es ist allerdings ein Fehler, die Wehrpflicht nur an ihrem operationellen Nutzen oder an den Kosten zu messen. Der Wert

der Wehrpflicht lässt sich nicht quantifizieren. Sie hat sich unter wechselnden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen uneingeschränkt bewährt und ist ein Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung aller Bürger für das Gemeinwesen. Sicherheit bleibt so Angelegenheit aller und nicht nur eine Dienstleistung weniger. Die Wehrpflicht gewährleistet außerdem ein umfangreiches Potenzial schnell verfügbarer Kräfte für alle denkbaren Aufgaben zum Schutz Deutschlands. Sie stellt die Rückversicherung für sicherheitspolitische Wechselfälle dar. Die Wehrpflicht ist die beste Wehrform für Deutschland. Das Gebot der Wehrgerechtigkeit und Gleichberechtigung muss aber in ausreichendem Maße konstruktiv in diesem Zusammenhang

diskutiert werden. Wenn die Wehrpflicht weiterhin bestehen soll, muss intensiv nach Lösungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit gesucht werden. Es ist aber falsch, eben mit diesem Argument das Ende der Wehrpflicht zu begründen und herbeizuführen.

Die Wehrpflicht ist dabei eng mit dem Heimatschutz verbunden. Mit dem Reformkonzept „Bundeswehr 2010“ des Verteidigungsministers wird der Heimatschutz auf eine reine Statistenrolle zusammengestrichen, insbesondere in den Bereichen Abwehr atomarer, bakteriologischer und chemischer Kampfstoffe (ABC-Truppe), Pionierwesen und Reservelazarettorganisation verringert sich die Einsatzbereitschaft erheblich.



Wehrpflicht: Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung aller Bürger für Demokratie und Gemeinwesen.



Unterversorgung im Katastrophenfall: Auflösung der Reservelazarette der Bundeswehr.

Die Weichen sind damit falsch gestellt. So ist die Auflösung der für die territoriale Verteidigung zuständigen Verteidigungsbezirkskommandos – für Hessen das Verteidigungsbezirkskommando 47 in Gießen – ein regionaler sicherheitspolitischer Kahlschlag. Ein über Jahrzehnte im Bereich der Reserve gewonnenes Know-how wird dadurch verloren gehen. Die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Abzugs der Truppe auf die

Infrastruktur der Regionen und Kommunen wurden dabei nicht berücksichtigt. Der Staat muss vielmehr dort, wo aufgrund des Umfangs die Gefahrenabwehr durch Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen dringend Unterstützung gebrauchen kann, spezifische militärischen Strukturen und Fähigkeiten vorhalten, die andere Institutionen nicht oder in nicht ausreichendem Umfang besitzen. In Zeiten terro-

ristischer Großangriffe und sich häufender unberechenbarer Umwelt- und Naturkatastrophen sollte sich die Bundeswehr vielmehr auf die Abwehr und Bewältigungen dieser Gefahren auch im Inland strukturell und konzeptionell ausrichten. Angesichts der massiven Reduzierungen kann die Bundeswehr aber diesbezüglich nicht mehr zeitnahe Unterstützung leisten. Insbesondere in einer Großstadt wie Frankfurt am Main wird die verkleinerte Bundeswehr dann nicht mehr in der Lage sein, bei möglicherweise geplanten Terroranschlägen, etwa auf dem Frankfurter Flughafen oder im Stadion bei der Fußballweltmeisterschaft, oder bei Hochwasser angemessen zu reagieren.

Richtig ist, dass die Bundeswehr auf die neue Bedrohungslage ausgerichtet werden muss. Dazu gehören aber nicht nur Auslandseinsätze bzw. eine reine Einsatz- und Interventionsarmee. Der Heimatschutz darf nicht vernachlässigt werden. Struck hat mit seinem Reformkonzept die Weichen für Deutschlands Sicherheit endgültig falsch gestellt. Dadurch wird eine gefährliche strategische Sicherheitslücke geöffnet.



Hochwasserschutzübung der Bundeswehr.



# Aus der Partei

## „Auf dem Weg zur Hessenpartei“

### CDU Frankfurt am Main und CDU Hessen schließen Zielvereinbarung

Um sich inhaltlich, personell und organisatorisch auf dem Weg zur Hessenpartei zu rüsten, hat die Frankfurter CDU mit der Landespartei eine Zielvereinbarung getroffen. Dazu war der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende, Hessens Fraktionschef Dr. Franz Josef Jung, am 13. Oktober 2004 beim Kreisvorstand zu Gast. „Wir sind seit der letzten Landtagswahl die allein gestaltende politische Kraft in Hessen. Das ist Chance und Verpflichtung zugleich“, sagte Jung. „Als Hessenpartei wollen wir der erste Ansprechpartner für alle Bürger sein. Wir müssen unsere absolute Mehrheit auch tatsächlich in der Verankerung der Bürger abbilden.“

„Landesweit, aber auch auf Kreis-ebene, wird es für jeden ein Angebot zur Mitarbeit geben. Wer politisch etwas bewegen und gestalten will, muss mit uns reden – und wir wollen auch ausdrücklich, dass er dies tut, um Einfluss zu nehmen“, ergänzte der Frankfurter Kreisvorsitzende und Hessische Minister für Wissenschaft und Kunst, Udo Corts. „Wir sind bereit für diese gemeinsame Kraftanstrengung, um das Ziel der Hessenpartei zu erreichen.“

Landesweit wird die CDU in allen Kreisverbänden regelmäßig Diskus-



Der stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Franz Josef Jung MdL und der stellvertretende Kreisvorsitzende Uwe Becker unterzeichnen die Zielvereinbarung.

sionsforen zu den Top-Themen „Bildung“, „Sicherheit“ und „Wirtschaft“ einrichten. „Die Frankfurter CDU wird die Aktivitäten ihrer zwölf Arbeitskreise intensivieren“, betonte Corts. Mitglieder und interessierte Bürger können hier mitarbeiten, mitdiskutieren und mitentscheiden sowie ihre Vorstellungen und Ideen einbringen. Auch will die CDU ihre Gespräche mit Vereinen, Verbänden und Initiativen ausweiten. Dazu gehören regelmäßige Bürgersprechstunden der Mandatsträger, offene Vorstandssitzungen und Fraktions-sitzungen vor Ort mit anschließenden Diskussionsrunden.

Vor allem wird ein Schwerpunkt auf die Betreuung der Neumitglieder gelegt. „Die CDU will stärkste Mitgliederpartei in Hessen“, sagte Jung. Hierfür wird der Landesverband eine Sonderaktion „Familienmitgliedschaft“ im Jahr 2005 durchführen.

Einen bundesweit einmaligen Weg wird die CDU Hessen in der

Förderung ihres Nachwuchses beschreiten. Jung: „100 junge Hessen sollen im Rahmen eines Nachwuchsförderprogramms durch ein attraktives Programm und interessante Gesprächspartner fit gemacht werden, um Verantwortung für die Hessenpartei zu übernehmen.“  
(tf)

#### Die Arbeitskreise der Frankfurter CDU:

- Außen- und Sicherheitspolitik
- Gesundheit
- Innerparteiliche Organisation und Marketing
- Integration
- Jugend und Soziales
- Kultur und Freizeit
- Medien
- Polizei und Sicherheit
- Schule
- Verkehr
- Wirtschaft und Umwelt
- Wohnen

Nähere Infos unter 069/153099-0



Der Kreisvorsitzende Udo Corts MdL im Hessischen Landtag beim Gespräch mit neuen Parteimitgliedern.

# Deutschland – Der Abstieg eines Superstars

## Veranstaltungsreihe „Nachdenken – Vordenken“ von Erika Steinbach

In der ersten Veranstaltung der Reihe „Nachdenken – Vordenken“ wurde das Modell Deutschland schonungslos analysiert. Gabor Steingart, Leiter des SPIEGEL-Hauptstadtbüros in Berlin, sprach vor 120 Zuschauern im Frankfurter Presseclub zum Thema „Deutschland – Der Abstieg eines Superstars“. Sein gleichnamiges Buch ist inzwischen zum Bestseller gekürt worden.



Mit ca. 120 Teilnehmern war der Frankfurter Presseclub überfüllt.

Steingart legte schonungslos dar, dass der Abstieg Deutschlands, zunächst unmerklich, bereits vor langer Zeit begonnen habe. Trotz aller Reformanstrengungen beschleunige sich das Tempo des Niedergangs. Und dennoch, so machte Steingart seinen Zuhörern Mut, der Wiederaufstieg des Landes sei machbar. Nicht kosmetische Korrekturen am Bestehenden, sondern Änderungen, die einer zweiten Staatsgründung gleichkämen, seien notwendig.

Steinbach dankte Steingart für seine Analyse wie für seine konkreten Vorschläge. Politik brauche Kompetenz von außen. Daher sei diese Diskussionsreihe ins Leben gerufen worden. Mit Frank Schirrmacher, Alexander Gauland und Udo Ulfkotte werden 2005 namhafte Journalisten folgen, die mit ihren Beobachtungen und Analysen helfen können, eine Bestandsaufnahme und ein Zukunftsbild unseres Staates zu zeichnen. (tf)



Gabor Steingart,  
Deutschland –  
Der Abstieg eines Superstars,  
320 Seiten, € 13,00  
Piper-Verlag, ISBN 3492046150

Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach lud in ihrer Einführung ein, den Ist-Zustand Deutschlands ohne Beschönigung zu benennen, um dann den Soll-Zustand zu definieren. Deutschland brauche ohne Zweifel einen gewaltigen Umbau des gesamten Staates. Der überbordende Wohlfahrtsstaat müsse beschränkt und von der Arbeitswelt entkoppelt werden.

Steingart begann provokativ: War es das mit Deutschland? Aus dem einstmaligen gelobten Land mit Wirtschaftswunder, stabilem Föderalismus und gesundem Sozialmodell sei ein Land aus Besitzstandswahrern und Blockademachtverwaltern geworden. Exportschlager wie die Soziale Marktwirtschaft seien überdehnt und die Budgetmacht irgendwo zwischen Bund, Ländern und Kommunen blockiert.



Erika Steinbach MdB mit Gabor Steingart auf dem Podium.

# Chemiearbeitsplätze sichern!

## Kleine und mittelständische Unternehmen nicht überfordern

Von Thomas Mann, Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Chemische Industrie ist eine der wichtigsten in der EU. 1,7 Millionen Menschen sind direkt in der Branche beschäftigt, 3 Millionen arbeiten in Zulieferbetrieben. Sie sind stark gefährdet durch einen Vorschlag der EU-Kommission zur Registrierung, Bewertung und Zulassung chemischer Stoffe (Registration, Evaluation and Authorisation of CHemicals – REACH). In seiner jetzigen Form ist er zu komplex, bürokratisch und wettbewerbsverzerrend. Insbesondere rund 36.000 kleine und mittelständische Unternehmen sind betroffen.

Als Berichterstatter des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments habe ich Unternehmen der Chemischen Industrie in Hessen besucht, darunter mehrfach in Frankfurt. Gemeinsam mit Landtagsabgeordneten und Stadtverordneten habe ich mich bei Managern und Belegschaften informiert. Das Ergebnis ist ein Arbeitsbericht, den ich im April dem Ausschuss vorlegte.

### Erstes REACH-Hearing im EP

Das EP spielt als Mitentscheider eine gewichtige Rolle. Am 7. Oktober 2004 lud ich Experten nach Brüssel ein, um die Folgen von REACH zu diskutieren. Rund 150 Vertreter von Unternehmen, Gewerkschaften, Verbänden, Universitäten und der EU-Kommission nahmen an diesem ersten Hearing eines EP-Ausschusses zu REACH teil.

Ziel der Verordnung ist, die Umwelt zu schützen, den betrieblichen Umgang mit Chemikalien sicherer zu machen und gleichzeitig die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit zu fördern. Diese Absicht



Thomas Mann MdB (Bildmitte) ist vor Ort: Mehr als 80 Unternehmen mit rund 22.000 Beschäftigten haben auf dem über vier Quadratkilometer großen Gelände des Industrieparks Frankfurt-Höchst mit seiner gewachsenen Infrastruktur einen Standort für ihr Unternehmen gefunden.

wird unterstützt, die Umsetzung jedoch ist problematisch, wenn Registrierungskosten bei der Europäischen Agentur in Helsinki zwischen 20.000 und 400.000 Euro liegen. Da 30.000 Stoffe zu registrieren sind, dürfte es zu Wartezeiten von 5–12 Monaten kommen. Von diesen Belastungen sind vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen – und somit 90 % der Chemischen Industrie - betroffen.

### Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze in Gefahr

Einig waren sich die Vertreter der Chemischen Industrie und der Arbeitnehmer in einem 7-Punkte-Papier, dass die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt wird. Befürchtet werden Standortverlagerungen, die Arbeitsplätze in der EU erheblich gefährden. Unternehmen aus dem EU-Ausland dürfen derzeit Fertigprodukte importieren, ohne Inhaltsstoffe zu registrieren. Daher

müssen auf WTO-Ebene einheitliche Regelungen durchgesetzt werden.

Mehrere Studien zeigen, dass REACH zu jährlichen Arbeitsplatzverlusten führt: 10.000 (EU-Kommission), 213.000 (Finnland), 265.000 (Frankreich), bis zu 450.000 (BDI/Deutschland).

In den Vorschlag der EU-Kommission gehören Finanzierbarkeit, Umsetzbarkeit und Praktikabilität! Hierzu werde ich dem Ausschuss ein weiteres Arbeitsdokument vorlegen, das die Erkenntnisse des Hearings und weiterer Besuche in den hessischen kleinen und mittelständischen Unternehmen berücksichtigt.

Der hessische CDU-Europaabgeordnete Thomas Mann ist REACH-Berichterstatter und Vizepräsident im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten.

#### Web-Tipp:

- » [www.mann-europa.de](http://www.mann-europa.de)
- » [www.industriepark-hoechst.com](http://www.industriepark-hoechst.com)

# Die Europäische Union als Werte- und Glaubensgemeinschaft

Der CDU-Stadtbezirksverband Innenstadt hatte am 25. November 2004 zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema „Ist die Europäische Union eine Werte- und Glaubensgemeinschaft?“ hochkarätige Referenten und Fachleute in die Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main eingeladen.

„Die Frage nach den völkerverbindenden Werten der Gemeinschaft sowie die Frage nach einer Glaubensgemeinschaft sind in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt“, stellte die Moderatorin, Christiane Loizides, in ihrer Einführungsrede fest. Dies hänge zusammen mit der Diskussion um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Die Union stehe, wie im Art. 1 des Verfassungsvertrages festgelegt, „allen europäischen Staaten offen, die ihre Werte achten und sich verpflichten, ihnen gemeinsame Geltung zu verschaffen.“ Die Werte zu fördern sei nach Art. 3 eines der Ziele der Union. Die notwendige sachliche Diskussion könne aber erst geführt werden, wenn Klarheit über die gemeinsamen und nicht gemeinsamen Werte herrsche.

In dem anschließenden Grußwort betonte Dr. Albrecht Magen, Dezernent für Integration der Stadt Frankfurt am Main, dass in Frankfurt ca. 170.000 Ausländer aus etwa 180 Nationen mit 140 Religionsbekenntnissen zusammenleben würden. Der Wert, der die Gesellschaft zusammenhalten müsse, sei die Akzeptanz dieser gesellschaftlichen und religiösen Verschiedenheit. Magen forderte ein friedliches Zusammenleben auf der Grundlage gemeinsamer ethischer Prinzipien.

## Artikel 2 Vertrag über eine Verfassung für Europa

### Die Werte der Union:

- Achtung der Menschenwürde
- Freiheit
- Demokratie
- Gleichheit
- Rechtstaatlichkeit
- Wahrung der Menschenrechte

In seinen Ausführungen kritisierte Dr. Athanasios Basdekis, Orthodoxer Referent in der Ökumenischen Centrale der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland, dass das „christliche Erbe“ ausdrücklich in dem europäischen Verfassungsentwurf hätte verankert werden müssen.

Basdekis bemängelte, dass es für religiöse Minderheiten in der Türkei unmöglich sei, ihren Glauben zu praktizieren. Dennoch unterstütze die orthodoxe Kirche die Beitrittsverhandlungen in der Hoffnung, dadurch bessere Bedingungen der religiösen Vielfalt in der Türkei zu erreichen.

Dr. Martin Affolderbach, Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche Deutschland, betonte, dass losgelöst von religiösen Unterschieden der Beitritt der Türkei der Grundstein für eine Brücke zwischen Christen und Muslimen sei.

Dr. Georg Düchs, Geschäftsführer der Europäischen Föderation für Katholische Erwachsenenbildung, forderte eine Verbesserung der christlichen Lage sowie Respektierung der Menschenrechte. Diese seien notwendige Bedingungen für den Beitritt der Türkei.

Bekir Alboga, Dialogbeauftragter der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion, verdeutlichte, dass die Türkei nicht auf die religiöse verstaatlichte Einheit verzichten wolle. Er unterstrich den Willen der Türkei, in die EU aufgenommen zu werden. Alboga rief auf zu lernen, im Dialog zivilisiert mit der Geschichte umzugehen.

Loizides ging abschließend auf das Konzept der privilegierten Partnerschaft der CDU ein. Dieses Konzept weise die Türkei nicht ab. Auf der Basis des Reformfortschrittes und der Bedeutung der Türkei als atlantischer Partner werde eine größtmögliche Kooperation ermöglicht, die weit über die Zollunion hinausgehe. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei würde die Integrationskraft der Europäischen Union überfordern. (tf)



(v.l.n.r.) „Miteinander und nicht nur übereinander reden“: Dr. Martin Affolderbach, Christiane Loizides, Dr. Georg Düchs, Bekir Alboga und Dr. Athanasios Basdekis.

## Tag der Deutschen Einheit

### CDU-Feierstunden in Fechenheim und Gallus

Die traditionellen Kundgebungen der CDU zum Tag der Deutschen Einheit waren auch in diesem Jahr wieder gut besucht. Bei der Fechenheimer Versammlung lenkte Festredner Thomas Mann MdEP den Blick auf die Rolle



Der Europaabgeordnete Thomas Mann bei seiner Ansprache im Festzelt in Fechenheim.

Deutschlands in der Europäischen Union. Zur jährlichen gemeinsamen Feierstunde der CDU-Verbände Gallus/Gutleut und Rödelheim/Hausen vor dem Stadtteilbüro Mainzer Landstraße erschienen rund 180 Besucher, darunter Vertreter des befreundeten CSU-Ortsverbandes Wiesthal und der Landtagsabgeordnete Boris Rhein. Bernhard Reichel beeindruckte mit einem Augenzeugenbericht zur Lage in Deutschland in der Zeit des Mauerbaus 1961, anschließend sorgten Tanzeinlagen der Folkloregruppe des Mesopotamischen Kulturvereins für gute Unterhaltung. Die Frankfurter CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach erklärte zum 15. Jahrestag der Deutschen Einheit: „Liebe für das



Ein beliebter Feiertag: guter Besuch bei der CDU Gallus/Gutleut. Im Bild rechts die beiden Stadtverordneten Thomas Kirchner (l.) und Patrick Schenk (r.) bei der Begrüßung.

eigene Vaterland mit Respekt auch vor der eigenen Kultur, nicht nur vor der anderer Völker, sind unabdingbar für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.“ (jr)

## „Die privilegierte Partnerschaft ist ein faires Angebot“

### Wolfgang Bosbach zu Gast bei der Frankfurter CDU

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach MdB, hat bei einer Veranstaltung des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der CDU Frankfurt im Frankfurter Presseclub vor rund 100 Zuhörern erneut für die privilegierte Partnerschaft anstelle einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU geworben. „Die von der Bundesregierung angestrebte Aufnahme der Türkei ist ein schwerer Fehler“, sagte Bosbach. Allein die privile-



Wolfgang Bosbach MdB.

gierte Partnerschaft biete die Chance, die politische und wirtschaftliche Einheit der EU nicht durch Überdehnung zu gefährden. Zwar sei die Türkei seit Jahrzehnten ein verlässlicher Partner des Westens. Ebenso stünden die wirtschaftlichen und politischen Fortschritte in der Türkei nicht in Zweifel. „Das ist aber nur die eine Seite der Medaille“, so Bosbach. So enthalte der Kommissionsbericht vom 6. Oktober auch bemerkenswerte Zweifel über die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien. „Insbesondere die Festigung der Menschen- und Minderheitenrechte und der Grundfreiheiten ist in der Türkei noch immer fraglich“, sagte der Innen- und Rechtspolitiker. Zur Frage, ob die Türkei überhaupt zu Europa gehöre, äußerte Andreas Prinz Sayn-Wittgenstein, Leiter des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik in der Frankfurter CDU: „Die Türkei kann ihre Funk-

tion als Brücke zum islamischen Kulturraum besser erfüllen, wenn sie nicht Vollmitglied der Europäischen Union ist.“ (jr)



Jubelnde Türken in Frankfurt am Main.

## Frauen-Union

# Zur Satelliten-Kontrolle und Kometenforschung bei der ESOC

Von Dr. Cornelia Kops

Am 1. Oktober 2004 lud die Frauen-Union Frankfurt zu einer Führung und Besichtigung des Hochtechnologiezentrums des European Space Operations Centre (ESOC) in der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Die Thematik hatte offensichtlich auch das Interesse der Herren geweckt, die immerhin ein Drittel der interessierten Besucher stellten. Neben einer interessanten Videovorführung und der Möglichkeit, einen Blick direkt in den zwar momentan unbesetzten Kontrollraum zu werfen, konnte man verschiedene Modelle

im Maßstab 1:1 von zurzeit im fernen Weltraum fliegenden Satelliten bestaunen und bekam kompetent zahlreiche Fragen zur Kontrolle von Satellitenmissionen und zur Erforschung von Sonne, Mars und Kometen beantwortet, letztlich aber auch, warum für so eine bedeutende Einrichtung der European Space Agency (ESA) ausgerechnet die hessische Stadt Darmstadt den Zuschlag erhielt. Die Antwort war einleuchtend: Man brauchte für die Einrichtung eines Europäischen Weltraumkontrollzentrums 1967 einen Großrechner mit einer für damaliges Technologieniveau selten zu findenden Spitzen-



Die ESA in Darmstadt.

leistung – und den hatte in der näheren und weiteren Umgebung nur die Universität Darmstadt zu bieten. Wissenschaftsleistungen sind erwiesenermaßen ein beachtlicher Standortfaktor. (ck)

**Web-Tipp:**

» [www.esa.int/esoc](http://www.esa.int/esoc)

## Junge Union

# Besuch beim Ticona-Chemiewerk Kelsterbach

Von Wolff Holtz

Das Chemiewerk von Ticona in Kelsterbach ist seit Wochen und Monaten Gegenstand von allen Diskussionen um den Ausbau des Frankfurter Flughafens.

Die von der Hessischen Landesregierung bevorzugte und im Mediationsverfahren ausgearbeitete Nordwest-Variante für eine neue Landebahn würde bis ca. 700 Meter an das Chemiewerk heranreichen. Grüne, Ausbaugegner und natürlich Ticona laufen daher Sturm gegen diese Ausbauvariante.

Die Junge Union Frankfurt-Süd hat zusammen mit dem CDU-Arbeitskreis Wirtschaft und der CDU Sachsenhausen das Ticona Chemiewerk in Kelsterbach besucht, um sich vor Ort zu informieren. Ralf Christner, Vice President der Ticona Deutschland GmbH, erläuterte die Produktionssparten von Ticona in Kelsterbach und an internationalen Standorten in drei Kontinenten. Der Materialhersteller fertigt technische Kunststoffe. Kelsterbach ist seit 2002 Ticona-Zentrale für Europa mit einem neuen Verwaltungs-

gebäude. Die Ticona Geschäftsleitung hat sich gegen die geplante Ausbauvariante ausgesprochen.

In der folgenden Diskussion wurden viele Argumente ausgetauscht: über einen möglichen Umzug des Werks wie über die Sinnhaftigkeit von anderen Ausbauvarianten und über europäische FFH-Richtlinien für Naturschutzgebiete. Die Positionen von Ticona waren allen Anwesenden durchaus verständlich, niemand möchte eine Bahnstrecke, Autobahn oder Flugzeuglandebahn als unmittelbaren Nachbarn haben. Die Wahl fiel aber auf die Nordwest-Variante, weil sie die geringste Auswirkung auf die Wohnbevölkerung habe, wurde vonseiten der Jungen Union entgegnet. Am Ende der Veranstaltung stand von allen Seiten ein klares Bekenntnis pro Ausbau des Flughafens – nur wo, darauf konnte man sich (noch) nicht einigen. (wh)



In schönem Ambiente: Vice President Ralf Christner (Ticona) bei seinem Vortrag.



## Mittelstandsvereinigung Unternehmer- Frühstück in der Universität

Die CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT) Frankfurt am Main hatte am 1. November 2004 in die neue Campus-Universität Frankfurt Westend – die ehemalige IG-Farben-Zentrale und seit 1945 Hauptquartier des 5. US-Corps – eingeladen. Der Vizepräsident der Universität, Prof. Dr. Jürgen Bereiter-Hahn, gab einen Einblick in die weitere Ausbauplanung der Goethe-Universität. Im Anschluss stellte Dr. Klaus Lippold MdB, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion, das Thema „Neues Wissen schafft neue Arbeit im Mittelstand“ in den Kontext der aktuellen Bundes- und Landespolitik. Er mahnte die Umgestaltung der Rahmenbedingungen in Deutschland an, damit interessante Forschungsergebnisse auch praxisrelevant in Deutschland umgesetzt werden können. Die Teilnehmer der anschließenden, lebhaften Diskussion verabredeten, zu diesem Thema miteinander im Gespräch zu bleiben. (jg)



Begegnung und Diskussion auf dem Campus Westend (v.l.n.r.): Klaus Lippold MdB, Prof. Dr. Jürgen Bereiter-Hahn und Joachim Gres, Vorsitzender der MIT Frankfurt am Main.

## CDU Eckenheim Martinskaffee – same procedure as every year

Wann wird aus einer Veranstaltung Kult? Reicht es wie z.B. beim letzten Martinskaffee, ausgerichtet am 7. November 2004 von den Damen der CDU Eckenheim, wenn die Veranstaltung in ihr 28. Jahr geht? Oder muss die Veranstaltung jedes Jahr mit weit über 100 Gästen so exzellent besucht sein wie der Seniorenkaffee der CDU Eckenheim? Nach Ende des Martinskaffees jedenfalls fragen die Gäste regelmäßig, wann denn im nächsten Jahr die Veranstaltung stattfindet: Das begründet vielleicht nicht unbedingt einen Kult, aber eine sehr gute Gewohnheit ist es allemal.

Bestandteil dieser guten Gewohnheit waren in diesem Jahr



Ganz in Rot: Die „Happy Singers“ erfreuten die zahlreichen Gäste und Freunde der CDU Eckenheim.

Darbietungen des Männerchores „Happy Singers“, einer polnischen Jugendtanzgruppe und der Gardetanzgruppe des Karnevalsvereines „Die Weißen Mützen“. Darüber hinaus standen die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach und der Kreisvorsitzende der Senioren Union, Pfarrer Christof Warnke, für Gespräche zur Verfügung. (km)

## Neuer Verband „CDU Kalbach/Riedberg“

### Verantwortung für das Neubaugebiet Riedberg

Die derzeit auf dem Riedberg zwischen den Stadtteilen Hedderheim, Niederursel und Kalbach im Bau befindlichen Baugebiete Parkstadt 2000, Bonifatiusbrunnen, Schöne Aussicht, Ginsterhöhe, Riedberg Mitte und Altkönigblick, die auf Kalbacher Gemarkung liegen, werden zukünftig vom CDU-Stadtbezirksverband Kalbach betreut, der seine Umbenennung in „CDU-Stadtbezirksverband Kalbach/Riedberg“ beschlossen hat. Die CDU ist damit die erste Partei, die auf dem Riedberg mit einer Bezirksgruppe vertreten ist. Dieser Schritt soll nach den Worten des Vorsitzenden Jan Schneider auch ein Anreiz für die Neubürgerinnen



Werben um neue CDU-Mitglieder auf dem Riedberg (v.l.n.r.): Harald Venino (Schriftführer im CDU-Vorstand Kalbach/Riedberg), Heinrich Pfeiffer (Vorsitzender der CDU-Fraktion im Ortsbeirat 12), Jan D. Schneider (Vorsitzender der CDU Kalbach/Riedberg) und Klaus-J. Hawer („Botschafter“).

und Neubürger sein, sich kommunalpolitisch für ihren wachsenden Stadtteil zu engagieren. (jr)

## „Ohne das Ehrenamt wäre unser Land ärmer“

Der CDU-Kreisvorsitzende Udo Corts zu Gast beim Griesheimer Abend

Der CDU-Kreisvorsitzende und Hessische Minister für Wissenschaft und Kunst, Udo Corts MdL, hat auf dem Griesheimer Abend des Ehrenamtes 2004 die Bedeutung des Ehrenamtes unterstrichen. Der Griesheimer Abend des Ehrenamtes, zu dem der Stadtverordnete und Griesheimer CDU-Vorsitzende Peter Wagner alljährlich einlädt, will den im Stadtteil Griesheim ehrenamtlich tätigen Menschen den Dank der Gesellschaft übermitteln. Corts lobte insbesondere die unverzichtbare Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren, des Roten Kreuzes und der übrigen Organisationen des Rettungsdienstes. Der Vorsitzende des gastgebenden Vereins, Kleingartenverein Kastanien-



Staatsminister Udo Corts MdL im Gespräch mit dem Griesheimer CDU-Stadtverordneten Peter Wagner.

wald 1931 e.V., Walter Kempf, berichtete von dem für einen Kleingartenverein ungewöhnlichen Engagement für Multiple-Sklerose-Kranke, wofür die Deutsche MS-Gesellschaft dem Verein im Jahr 2004 den Ehrenamtspreis verliehen habe. (jr)

## Senioren Union

### Andreas Storm erklärte die solidarische Gesundheitsprämie

„Die Bundesregierung ist entschlossen, im Bereich der Gesundheits- und Rentenpolitik für den Rest der Legislaturperiode die Hände in den Schoß zu legen“, stellte der Vorsitzende der Senioren Union Frankfurt, Christof Warnke, zu Beginn einer Veranstaltung mit dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziale



Im Gespräch: Christof Warnke, Vorsitzender der Senioren Union Frankfurt am Main, und Andreas Storm MdB.

Sicherheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Storm MdB, fest. 150 Interessierte waren am 5. Oktober 2004 in das Haus Ronneburg gekommen. Storm stellte das Modell der solidarischen Gesundheitsprämie als zukunftsweisend heraus. „Sogar Fachleute aus der von der Regierung eingesetzten Rürup-Kommission raten von der Einführung des rot-grünen Modells der Bürgerversicherung ab und sprechen sich für die Gesundheitsprämie aus“, sagte Storm. Durch einen Ausgleich über das Steuersystem erreiche man, dass auch die Besserverdienenden am notwendigen sozialen Ausgleich beteiligt werden. Storm verwies darauf, dass nur die zukunftsorientierte Gesundheitsprämie einen Wettbewerb zwischen den Versicherungen und die Abkoppelung der Gesundheitskosten von den Arbeitskosten ermöglichen würde. (jr)



## CDU Sachsenhausen-Mitte Krimi-Lesung auf dem Goethe „Litera“Turm

Anlässlich des 2. Frankfurter Literaturfestes „LiteraTurm“ hatte die CDU Sachsenhausen-Mitte den in Sachsenhausen lebenden Schriftsteller Frank Demant am 26. September 2004 zum Autorengespräch und zur Lesung in 43 Metern Höhe und nach 196 Stufen eingeladen. Die Hauptfigur seiner Krimis, Simon Schweitzer, erlebt und löst seine Fälle in Sachsenhausen.

Für die Zuhörer waren daher trotz Verfremdung einige der genannten Lokalitäten und Personen wieder erkennbar. Eine weitere Episode, die ebenfalls in Sachsenhausen spielen soll, ist bereits in Arbeit. Die Zuhörer waren von den Geschichten angetan. Ungeachtet des kühlen und feuchten Herbstwetters war der Zuspruch so groß, dass zwei Autorenlesungen am Sonntagmittag stattfanden, sehr zur Freude des Vorsitzenden Jochem Heumann und seines Stellvertreters Peter Mensinger. (it)



Kultur in luftiger Höhe (v.l.n.r.): Stadtrat Peter Mensinger, Autor Frank Demant und Stadtverordneter Jochem Heumann.

# Mit Gummistiefeln für Kinderkrippen

Vor 40 Jahren wurde die CDU Nordweststadt-Niederursel gegründet

Am 12. November 2004 feierte der CDU-Stadtbezirksverband Nordweststadt-Niederursel im Kolleg der Gaststätte „Zu den Drei Raben“ sein 40-jähriges Bestehen. Nach einer Gedenkminute für den kürzlich verstorbenen Ehrevorsitzenden des Verbandes, Erich Lange, erlebten die rund 50 geladenen Gäste einen festlichen Abend mit allerlei Gaumenfreuden und einer Zeitreise zurück zu den Anfängen der CDU in der Nordweststadt.

Ehrgast Rudolf Friedrich, damals Gründungsmitglied der Bezirksgruppe, heute Hessischer Landesbeauftragter für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, erinnerte sich an für die Union unbequeme Anfänge: „Wir lebten in einem roten Land, in einer roten Stadt und in einem roten Stadtteil.“ Wo konnten Parteigänger der Union politischen Anschluss finden? Im dörflichen Niederursel gab es zwar einen Ortsverein der SPD, aber keine organisierte CDU. Einige wenige Niederurseler CDU-Mitglieder hatten ihre Parteibücher im benachbarten Heddernheim oder in Praunheim. Es waren die neu zugezogenen „Nordweststädter“, die das Heft in die Hand nahmen. Der Bau der Nordweststadt mit Wohnraum für mehr als 30.000 Menschen war längst nicht abgeschlossen. Zum Teil fehlten immer noch Straßen und Gehwege. Wichtige Hilfsmittel für die Partearbeit waren deshalb Gummistiefel und Fahrrad. Mit einem solchen fuhr der spätere

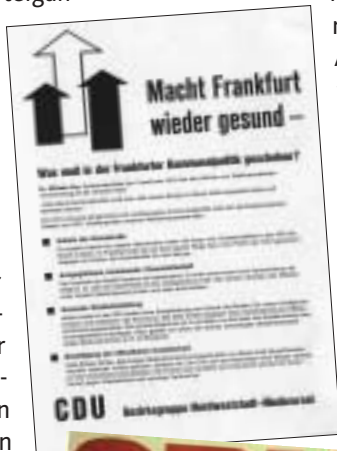


Ehrgast und Gründungsmitglied: Der ehemalige Frankfurter Landtagsabgeordnete Rudolf Friedrich bei seinem historischen Rückblick. Im Bild rechts: Konstantin Moissidis, Vorsitzender der CDU Nordweststadt-Niederursel.

Stadtrat Heinz Daum (1935–2003) von Haus zu Haus und warb für eine eigene CDU-Bezirksgruppe im neuen Wohngebiet. Die von ihm initiierte Gründungsversammlung wäre beinahe gescheitert, wenn nicht mit der Pfarrsekretärin Agnes Schäfer (1909–1997) das laut Satzung vorgeschriebene siebente Mitglied erschienen wäre. Weitere Gründungsmitglieder waren der Stadtverordnete Hermann-Josef Kreling und Landwirtschaftsrat a.D. Dr. Ewald Becker (1899–1970).

Zur ersten offiziellen Mitgliederversammlung im Frühjahr 1965 kam der damalige CDU-Kreisvorsitzende Ernst Gerhardt. Sein mitgebrachter Kreisgeschäftsführer Hans Tölle forderte die Gruppierung auf, sich um „die kleinen Dinge“ vor Ort zu kümmern. Und kommunalpolitische Aufgaben boten sich dem Vorstand unter Führung von Heinz Daum genug.

„Gewohnt haben in der Nordweststadt junge Familien, damals SPD-Klientel“, sagte Friedrich. Nachbarschaftshilfe war das große Thema. Deshalb setzte sich die CDU nicht nur für den zügigen Ausbau des Straßennetzes ein, sie erreichte auch ein sehr kinder- und familienfreundliches Image. Die Nordweststadt war damals der kinderreichste Stadtteil, und ein großer Prozentsatz unter den Müttern war bereits berufstätig. Die Partei forderte Kinderkrippen und erreichte die Niederlassung eines Kinderarztes für die Nordweststadt. Die Erfolge an den Wahlurnen zogen nach. 1970 stellte der Verband bereits zwei Stadtverordnete. Heute ist die CDU in Nordweststadt-Niederursel mit Abstand stärkste Partei, zudem „ein traditionell loyaler Verband im Gefüge der Frankfurter CDU“, wie Friedrich anerkennend hervorhob. (jr)



Wahlwerbung: 1965 zur Bundestagswahl und 1972 zur Kommunalwahl in Frankfurt a. M.



Starb mit 83 Jahren: Erich Lange, Ehrevorsitzender der CDU Nordweststadt-Niederursel.

## Land fördert Frankfurter Jugendfeuerwehr

Boris Rhein hat darauf hingewiesen, dass seit 2000 die Zahl der ehrenamtlichen Einsatzkräfte von 75.357 auf 73.756 gesunken sei. Diese Entwicklung zeige die Bedeutung, die der Nachwuchsförderung auch und gerade bei den Feuerwehren zukomme. Zwar würden nicht alle der über 33.500 Mitglieder in den 2.118 Jugendfeuerwehren Hessens den Weg in die Einsatzabteilungen finden, aber ohne diesen Nachwuchs wäre

es nur eine Frage der Zeit, bis immer mehr Freiwillige Feuerwehren nicht mehr einsatzfähig wären. Rhein begrüßte die Initiative des Hessischen Innenministers, Volker Bouffier, eine Sonderförderung in Höhe von 1 Million Euro zukommen zu lassen. Rhein sagte, dies unterstreiche, dass die Landesregierung die herausragende Rolle der Jugendfeuerwehren für die Zukunft der hessischen Feuerwehren besonders würdigen würde. In



Boris Rhein  
Landtagsabgeordneter  
und stellvertretender  
Kreisvorsitzender der  
Frankfurter CDU

Frankfurt gibt es 28 Jugendfeuerwehren mit 480 Mitgliedern. Die Frankfurter Jugendfeuerwehr erhalte eine Förderung in Höhe von rund 14.000 Euro.

## Eigenheimzulage erhalten

Ulrich Caspar erklärte, dass die neuerliche Diskussion zur Abschaffung der Eigenheimzulage durch die rot-grüne Bundesregierung völlig falsche Signale setze und damit für große Unsicherheit bei vielen jungen Familien Sorge. Caspar wies darauf hin, dass die Eigenheimzulage wesentlich für die Finanzierung der eigenen vier Wände sei und somit ein wichtiger Bestandteil der privaten Altersvorsorge von großen Teilen der Bevölkerung. Für viele sei

das erworbene Eigenheim eine sichere Grundlage für die spätere Rente, da etwaige Mietkosten entfielen. Insbesondere junge Familien mit Kindern seien auf die Eigenheimzulage angewiesen, um ihren Traum vom Wohneigentum zu realisieren. Gerade in der Stadt Frankfurt am Main sei die Eigentumsquote ohnehin schon zu gering. So könnten kaum Bürgerinnen und Bürger animiert werden, privates Eigentum in Frankfurt zu erwerben.



Ulrich Caspar  
Landtagsabgeordneter

Zudem sei erst im letzten Jahr nach harten Verhandlungen die Eigenheimzulage um 30 Prozent gekürzt worden. Eine weitere Kürzung sei mit der Union nicht zu machen, erklärte Caspar.

## Mit Patientenverfügung darf kein Schindluder getrieben werden

Die Absicht der Bundesregierung, mündliche Äußerungen künftig einer schriftlichen Patientenverfügung als verbindliche Willenserklärung gleichzustellen, wird von Christof Warnke kritisiert. Der von Bundesjustizministerin Zypries vorgelegte Gesetzentwurf berge die Gefahr, dass mit schwer erkrankten Menschen künftig willkürlich und missbräuchlich verfahren werde. Bei einer nur mündlichen Äußerung stelle sich immer die Frage, wer sie denn

gehört und ob der Betreffende sie richtig verstanden habe. Kein Arzt dürfe nur auf Hörensagen die Behandlung eines Patienten einstellen, damit dieser leichter sterben könne. Selbst beim Vorliegen einer schriftlichen Patientenverfügung sei der Arzt verpflichtet, einen schwer Erkrankten zu schützen und vor voreiligem Verzicht auf Therapie und lebenserhaltende Maßnahmen zu bewahren. Wenn Zypries weitgehend auf Schutzvorschriften für den



Christof Warnke  
Vorsitzender der  
Senioren Union  
Frankfurt am Main

Patienten verzichte, verleite das dazu, mit der Patientenverfügung Schindluder zu treiben. Dies gelte erst recht, wenn nur eine mündliche Äußerung gegeben sei. Die Schriftform sei eine Mindestanforderung an eine Patientenverfügung.



## Aus der Fraktion

# Fraktion vor Ort – Von der Zeil zum Hauptbahnhof bei herbstlichem Wetter

Am 20. Oktober 2004 startete die CDU-Fraktion einen Herbstfraktionstermin durch die Innenstadt zum Bahnhofsviertel, zu dem auch Vertreter der Presse eingeladen waren. Neben dem Fraktionsvorsitzenden Uwe Becker begleiteten Michael Hootz und Dierk Hausmann vom Stadtplanungsamt und Burkhard Palmowsky vom Dezernat Planung und Sicherheit den Rundgang.

Gleich zu Anfang war die Baumpflanzung auf der Zeil für einige ein Thema. Man war sich einig: „Die Zeil sollte lichter sein.“ Eine vollständige Beseitigung der Bäume erscheint allerdings nicht sinnvoll. Ein entsprechendes Konzept kann erst umgesetzt werden, wenn das Einkaufszentrum auf dem ehemaligen Telekomgelände im Jahr 2007 fertig gestellt ist. Die Abbrucharbeiten auf dem Gelände waren in vollem Gange, die ehemalige Hauptpost Stück für Stück abgetragen.

CDU-Fraktionschef Becker betonte, dass parallel zur Fertigstellung des neuen Einkaufszentrums auch die Zeil umgestaltet werden



Uwe Becker (i.v.r.) zum Stand des größten innerstädtischen Bauprojektes auf der Zeil.



Fraktionsvorsitzender Uwe Becker (i.v.r.) begrüßt die anwesenden Journalisten und Ferienfraktionsmitglieder.



müsse, damit diese in ihrer Qualität gegenüber dem neuen Einkaufsmagneten nicht zurückfalle. Neben baulichen Maßnahmen müsse jedoch auch eine ordnungspolitische Verbesserung eintreten. So solle die Punkerszene am Brockhausbrunnen sowie die vor dem Kaufhof häufiger anzutreffenden Gelage aufgelöst werden.

Am Beginn der Zeil angekommen, bestätigte das Stadtplanungs-

amt, dass die Hauptwache langfristig für den Durchgangsverkehr gesperrt werde, so wie es im Viererbündnis vereinbart sei. Hierfür muss die Verkehrsführung am Eschenheimer Tor geändert werden. Der Beschluss kann deshalb erst nach Umsetzung dieser Maßnahme vollzogen werden.

Bei Fragen hinsichtlich der Gestaltung des Goetheplatzes nach



Die Herbstferienfraktion im Gespräch mit Michael Hootz (i.v.l., Stadtplanungsamt) auf der Zeil.



Die aktuelle Situation am Goetheplatz – Bau einer Tiefgarage.



Auch das viel diskutierte Eurozeichen am Willy-Brandt-Platz war Inhalt des Rundgangs.

Fertigstellung der Tiefgarage sprach sich die CDU-Fraktion erneut für den Bau eines Gebäudes in Höhe der Junghofstraße aus. Einem Pavillon entlang der Börsenstraße, wie er von Architekten und Geschäftsleuten vorgeschlagen wurde, steht die Fraktion weiterhin ablehnend gegenüber – insbesondere da ein solcher den Großteil des Goetheplatzes verdecken würde.

Ob für den „Hain“ rund um das Goethedenkmal die ursprünglich vorgeschlagenen Ginko-Bäume verwendet werden können, ist noch unklar. Alternativ sind Blauglockenbäume im Gespräch. Die Pläne für den Rathenauplatz werden noch diskutiert. Aktuell ist dort ein Sprühnebel-Brunnen oder ein Brunnen mit direkt aus dem Boden sprühenden Fontänen vorgesehen. Laut Michael Hootz ist es aber auch denkbar, den Merkur-Brunnen wieder auf dem Platz aufzustellen.

Am Willy-Brandt-Platz informierte sich die Fraktion über die bereits begonnenen Arbeiten zur Neugestaltung des Platzes, zu der neben baulichen Verbesserungen auch ein modernes Lichtkonzept gehört.

„Der Willy-Brandt-Platz wird zum modernen Pendant des Opernplatzes.“ Hierzu gehört auch die

komplette Umgestaltung der inzwischen in die Jahre gekommenen U-Bahn-Haltestelle.

Mit Blick auf das Euro-Symbol vor der Europäischen Zentralbank bekräftigte Becker nochmals seinen Vorschlag, diesen bis zum Umzug der EZB ins Ostend an seinem derzeitigen Standort zu belassen und das Symbol nicht vorzeitig abzureißen.

Deutlich äußerte sich die CDU-Fraktion zum Ziel, im Bahnhofsviertel die Wohnnutzung zu stärken.



Vieles ist hier in den vergangenen Jahren mit Blick auf Sicherheit und Aufwertung des Viertels geschehen. Eine Arbeitsgruppe Bahnhofsviertel, bestehend aus Vertretern der Ämter Stadtplanung, Bauaufsicht und Wohnungswesen, diskutiert kontinuierlich die aktuelle Situation. Nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Oktober 2003 hat die Arbeitsgruppe die Aufgabe, sich um die Beseitigung der derzeitigen Leerstände von Büroraum und Wohnungen im Bahnhofsviertel zu kümmern. Dierk Hausmann betonte, dass noch in diesem Jahr eine entsprechende Förderrichtlinie verabschiedet werden soll. Zuschüsse soll es zum Beispiel für den Ausbau von Dachgeschossen oder die Umwandlung von Büros in Wohnungen geben. Die Initiative ist schon heute auf großes Interesse gestoßen. Ein aktuelles Falblatt informiert die Bürger über den Stand der geplanten Maßnahmen im Bahnhofsviertel und fordert auf, Anregungen, Wünsche sowie Ideen zu äußern. (mw)

Dierk Hausmann (3.v.l.) vom Stadtplanungsamt erläutert den Fortschritt im Bahnhofsviertel.

Sorgte für viel Diskussion

## Bemessungsgrundlage für Straßenreinigung musste geändert werden

Die aktuelle Straßenreinigungssatzung bzw. anstehende Veränderungen durch die Umstellung der Bemessungsgrundlage sind ein komplexes und viel diskutiertes Thema der letzten Monate, welches viele Bürger in Frankfurt beschäftigte.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang erst einmal, dass die derzeitige Bemessungsgrundlage, der so genannte Frontflächenmaßstab, zur Erhebung der Straßenreinigunggebühren in Frankfurt am Main nach mehreren Urteilen des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs nicht rechtmäßig ist. Das Hessische Straßengesetz fordert einen direkten Grundstücksbezug bei der Gebührenberechnung.

Es musste eine Lösung gefunden werden, die rechtmäßig ist, den im Stadtgebiet vertretenen unterschiedlichen Siedlungsstrukturen gerecht wird und die Anzahl der Veränderungen minimiert.

Im Jahr 2000 hat die Stadtverordnetenversammlung unter maßgeblicher Mitwirkung der CDU-Fraktion den Beschluss zur



Einführung des Quadratwurzelmaßstabes in Frankfurt aufgehoben. Dessen Umsetzung hätte für mehr als zwei Drittel aller Grundstücke zum Teil beträchtliche Gebührenerhöhungen bedeutet. Der Magistrat wurde aufgefordert, eine andere Berechnungsgrundlage zu erarbeiten, die sowohl gerichtsfest ist, als auch von den Bürgern als so gerecht wie möglich empfunden wird.

Zur Erarbeitung der neuen Satzung wurden 11 Varianten für Bemessungsgrundlagen überprüft. Dazu wurde vom Umweltamt ein auf dieses Themengebiet spezialisiertes, externes Institut herangezogen, wobei auch die entsprechenden juristischen Fragen behandelt wurden.

Dabei hat sich nun die von Stadträtin Jutta Ebeling vorgelegte Bemessungsgrundlage nach jeweils 50 % Frontlänge und Grundstücksfläche (mehrfach veranlagt, mit Tiefenbegrenzung) als die für Frankfurt beste Lösung herausgestellt. Sie hält den Kriterien Rechtssicherheit, Minimierung der Gebührenveränderung im Vergleich zu heute Stand, Transparenz, Gebührengerechtigkeit und Umsetzbarkeit bei geringem Verwaltungsaufwand.

Die Gebührensätze für die beiden Bezugsgrößen sind dabei so berechnet, dass das Gesamtgebührenaufkommen neutral bleibt. Die Einnahmen im Gebührenhaushalt ändern sich durch die Umstellung also nicht.





Vor diesem Hintergrund hält auch die CDU-Fraktion die neue Straßenreinigungssatzung für verträglich.

Darüber hinaus sieht die CDU-Fraktion nach wie vor in der Einführung der Anwohnerreinigung in dafür geeigneten Gebieten und Straßenzügen ein vielversprechendes Mittel, die Sauberkeit in der Stadt zu verbessern und Gebührenbelastungen zu senken. Der Fraktionsvorsitzende Uwe Becker und der umweltpolitische Sprecher Markus Frank sprachen sich hierfür wieder im Oktober dieses Jahres öffentlich im Rahmen von Presseerklärungen und Podiumsdiskussionen aus.

Leider gibt es für dieses Modell, wie sich erst letztes Jahr wieder gezeigt hat, keine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. Das Thema wird jedoch auf der Tagesordnung der CDU-Fraktion in Frankfurt bleiben. (mw)



## Gegen die Miniermotte Laub-Sammelaktion am 22. September 2004



Der umweltpolitische Sprecher der Fraktion Markus Frank und der Fraktionsvorsitzende Uwe Becker unterstützen Umweltdezernentin Jutta Ebeling bei der Veranstaltung (v.l.n.r.).

Die Symptome sind beispielsweise an der Bockenheimer Landstraße nicht zu übersehen: dunkelbraun und vertrocknet lassen die Bäume der Kastanienallee schon sehr früh ihre Blätter hängen. Ebenso ergeht es allen ungefähr 8.000 weißblühenden Rosskastanien in der Stadt, die rotblühenden Kastanien bleiben vom Schädlingsbefall verschont.

Die Raupen der Miniermotte fressen (minieren) in den Blättern der Rosskastanie. Als Folge trocknen die Blätter aus, verfärben sich braun und fallen bereits im Frühsommer ab. Die Motte, die 1984 erstmals in Mazedonien entdeckt wurde, hat sich explosionsartig in weiten Teilen Europas ausgeweitet.

Es gibt drei Generationen der Motte jährlich. Die letzte Population, im September, entwickelt sich nicht mehr, die Larve überwintert im Falllaub.

„Gefallene Blätter unter den Kastanien müssen auch aus der letzten Ritze herausgekehrt und vernichtet werden; schon ein kleiner Rest kann die Bäume sonst im Frühjahr wieder anstecken“, erklärte Markus Frank, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Aus diesem Grund unterstützte die CDU-Fraktion im Römer die einberufene Sammelaktion an der Kastanienallee, nahe dem Holzhausenschlösschen, an dem sich auch die Schüler der benachbarten Schulen beteiligten. (mw)

## Barrierefreies Kaffee-Gespräch der CDU-Fraktion



(v.l.n.r.) Die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Hilde Krauß und der Fraktionsvorsitzende Uwe Becker eröffnen das Kaffee-Gespräch.



Mehr als 70 Gäste fanden sich wieder einmal im Haus Ronneburg ein.

Wie in jedem Jahr veranstaltete die CDU-Fraktion auch in 2004 ein Kaffee-Gespräch für und mit Behinderten in Frankfurt. Bei Kaffee und Kuchen tauschte man sich in lockerer Atmosphäre am 21. September im Haus Ronneburg in Preungesheim aus. Mehr als 70 Personen waren wieder einmal anwesend. Ansprechpartner vor Ort waren neben dem Fraktionsvorsitzenden Uwe Becker auch die Mitglieder des Arbeitskreises Jugend und Soziales der CDU-Fraktion. Nach den offiziellen Begrüßungsworten von Uwe Becker und Hilde Krauß, der sozialpolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion, kamen Themen wie Hartz IV, die Sauberkeit der Behindertenaufzüge in der Innenstadt, die geplante Ausschreibung der Beförderungsdienste nach Stadtteilen, behindertengerechtes Wohnen in Frankfurt und andere auf und wurden diskutiert. Den Fragen, die im Rahmen der Veranstaltung nicht beantwortet werden konnten, wird infolge von dem Arbeitskreis Jugend und

Soziales der CDU-Fraktion nachgegangen.

Doch es wurde nicht nur diskutiert an diesem Nachmittag. Dank Hilde Krauß verzauberte und zauberte der Zauberkünstler Cartelini mit dem Publikum. Aus Weißwein wurde Rotwein, brennende Zigaretten verschwanden in Männersakkos und

Geldscheine verschwanden, um später wieder unerwartet, in Zigaretten versteckt, aufzutauchen. Nach Beurteilung der Gäste ein gelungener Nachmittag, der zum Gedankenaustausch sehr wichtig ist und sich schon ein wenig etabliert hat. Einige der Gäste freuen sich schon auf die Veranstaltung in 2005. (mw)



Der Zauberer Cartelini erhielt tatkräftige Unterstützung von der Stadtverordneten Hildegard Burkert (links) und Uwe Becker (rechts).

## Der Integrationsbericht 2003 der Stadt Frankfurt am Main

„Integration bedeutet für den Magistrat eine Politik des friedlichen Zusammenlebens der hier beheimateten unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.“ So beschreibt der Magistrat seit 1999 den Grundsatz seiner Integrationspolitik.

Die Zielgruppen dieser Politik bestimmen sich nicht primär nach ihrer nationalen oder ethnischen Herkunft, sondern nach dem Grad ihres Bedarfs an gezielter Unterstützung und Förderung, um gleichberechtigt am gesellschaft-

lichen und sozialen Leben teilnehmen zu können.

Die Rahmenbedingungen von Integrationspolitik sind durch bundes- und die landespolitischen Regelungen vorgegeben. Erfolg oder Misserfolg von Integrationsprozessen entscheiden sich jedoch im lokalen Kontext.

Schwerpunkte der städtischen Integrationspolitik in Frankfurt liegen auf bildungs- und sozialpolitischem Gebiet.

Frankfurt zeichnet sich durch große Kulturvielfalt aus. 27,4 % der Menschen in unserer Stadt sind ausländische Staatsangehörige. Sie kommen aus rund 180 Nationen, sprechen unterschiedliche Sprachen und gehören verschiedenen Religionen an.

Die Idee der zivilen Gesellschaft und der Offenheit gegenüber anderen Kulturen gehören von jeher zur Bürgerstadt Frankfurt am Main. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmKA) wurde eingerichtet, um die rechtliche und soziale Integration der unterschiedlichen sozialen und nationa-



Stadtrat Dr. Albrecht Magen.

len Gruppen und Minderheiten weiter voranzubringen, ihre Partizipation am gesellschaftlichen Leben und das friedliche Zusammenleben untereinander zu fördern.

Im Rahmen der 37. Plenarsitzung am 14. Oktober stellte Stadtrat Dr. Albrecht Magen den Integrationsbericht 2003 vor. Für seine Arbeit erhielt er viel Lob und Anerkennung aus den unterschiedlichsten Parteien. (mw)



## Uwe Becker zu Besuch im interkulturellen Altenhilfzentrum

Am 21. Oktober 2004 machte sich Fraktionschef Uwe Becker einen eigenen Eindruck vom neu bezogenen Victor-Gollancz-Haus in Frankfurt Sossenheim.

Das interkulturelle Altenhilfzentrum soll die notwendige Öffnung der Altenhilfeangebote für die wachsende Zahl älterer Migrantinnen und Migranten in Frankfurt garantieren – der Gebetsraum für islamische Gläubige liegt direkt neben dem „Raum

der Stille“ zur christlichen Einkehr. Im Victor-Gollancz-Haus werden pflegebedürftige und behinderte alte Menschen, unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft, beraten, betreut, gepflegt und versorgt. „Die Umsetzung und der Anspruch dieses Hauses sind zukunftsweisend und großstädtisch. Ich würde mir wünschen, wir könnten weitere solcher Konzepte umsetzen“, so Becker abschließend. (mw)



Fraktionsvorsitzender Uwe Becker im Gespräch mit Ute Bychowski, Leiterin des Victor-Gollancz-Hauses, und Harun Erol, Sozialarbeiter im interkulturellen Bereich.



Auf der Bockenheimer Landstraße in Aktion.

## Mobilitätspotenziale im Frankfurter Radverkehr nutzen – ein Praxistest der CDU-Fraktion

**Von Helmut Heuser, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion**

Der Anteil des Radverkehrs in Frankfurt am Main liegt je nach Zählweise bei 6 bis 9% und ist damit auch im Vergleich der deutschen Großstädte niedrig. Angesichts der fürs Radfahren günstigen Bedingungen in unserer Stadt – innerhalb eines Radius von 8 Kilometern um die Hauptwache ist das gesamte Stadtgebiet erreichbar, wenige Steigungen, günstiges Klima – zeigt dieses Ergebnis, dass im Radverkehr noch ungenutzte Mobilitätspotenziale liegen. Betrachtet man die mit dem Auto zurückgelegten Strecken, wird dies noch deutlicher: 50% der Autofahr-



Martin Boré vom Stadtplanungsamt (z.v.l.) organisierte den Praxistest der CDU-Fraktion.

ten sind kürzer als 6 Kilometer, 5% kürzer als 1 Kilometer. Radverkehr kann also Autoverkehr ersetzen, die Straßen zugunsten des unumgänglichen Wirtschaftsverkehrs entlasten, damit zu flüssigerem Straßenverkehr beitragen und die Mobilität insgesamt erhöhen. Folgerichtig haben die CDU-Fraktion und die Stadtverordnetenversammlung sich vorgenommen, den Radverkehrsanteil auf 15% zu bringen. Bleibt die Frage, wie das möglich sein wird.

Nichts geht über eigene Erfahrung. Der Arbeitskreis Verkehr hat deshalb zur Erkundung der Bedingungen für den Frankfurter Radverkehr verschiedene Radverkehrsanlagen selbst unter die Pedale genommen. Die Route führte vom Römer über Hauptwache, Bockenheimer Warte, Mainzer Landstraße und Friedberger Platz bis nach Sachsenhausen. Dabei wurde deutlich, dass Frankfurt innerhalb wie außerhalb der sechs bislang umgesetzten Fahrradrouten ein vielfältiges und anerkannt wirksames Instrumentarium an Radverkehrsanlagen besitzt und damit Radfahren in der Stadt sicherer und einfacher macht: Radwege, Schutzstreifen, Radfahreram-

peln, Fahrradschleusen, Radfahren gegen die Einbahnstraße in Tempo-30-Zonen. Mit den schon beschlossenen zusätzlichen Fahrradrouten ist Frankfurt beim Aufbau eines Radverkehrsnetzes weit fortgeschritten.

Aber der Praxistest der CDU-Stadtverordneten hat auch Handlungsbedarf jenseits der Infrastruktur erkennen lassen, der von aktuellen Forschungsergebnissen gestützt wird. Die im Fahrrad liegenden Mobilitätspotenziale werden sich nur dann ausschöpfen lassen, wenn Radverkehr als System erkannt wird, in dem mehrere Komponenten zusammenspielen. Service, Information und Kommunikation sind Bausteine, mit denen mit vergleichsweise geringen Mitteln hoher Nutzen zu erzielen ist. In Wegweisung, Bike-and-Ride, Festsetzung von Fahrradabstellplätzen in Bebauungsplänen, Radfahren gegen die Einbahnstraße auch in innenstadtfernen Stadtteilen und Öffentlichkeitsarbeit liegen für die CDU-Fraktion weitere Verbesserungen zur



Fahrradstraße an der Katharinenpforte.

Förderung des Radverkehrs. Der Sympathiewerbung durch clevere Öffentlichkeitsarbeit kommt dabei ein großer Stellenwert zu, um Bewusstsein für Vorteile und Möglichkeiten des Fahrradfahrens zu schaffen. Fahrradfahren fängt im Kopf an.

Die CDU-Fraktion steht für eine integrierte, verkehrsmittelübergreifende Verkehrsplanung ohne ideologische Scheuklappen. Ja, die CDU ist die Partei der Autofahrer. Aber ebenfalls Ja, die CDU ist die Partei des Öffentlichen Nahverkehrs, die Partei der Fahrradfahrer und die Partei der Fußgänger.

## Rudy Guiliani „To the people of Frankfurt ...“



(v.l.n.r.) Oberbürgermeisterin Petra Roth, Fraktionsvorsitzender Uwe Becker, Rudy Guiliani mit seiner Frau Judith.

Am 20. Oktober 2004 trugen sich New Yorks ehemaliger Oberbürgermeister Rudy Guiliani und seine Frau Judith in das Goldene Buch

der Stadt Frankfurt am Main ein: „To the people of Frankfurt, our friends with whom we share the blessings and obligations of free-

dom an democracy. We wish you an even greater success in the future. Your friend, Rudy Guiliani“

Giuliani besuchte Frankfurt im Oktober zum allerersten Mal im Zusammenhang mit einer Wirtschaftstagung.

Oberbürgermeisterin Petra Roth, die den Gast von früheren Zusammentreffen in den USA kennt, würdigte dessen Politik, die New York nach langen und schwierigen Jahren mit hoher Kriminalität wieder zu einer attraktiven und vor allem sicheren Stadt gemacht habe. Giuliani gab das Kompliment zurück und zollte Petra Roth augenzwinkernden Respekt dafür, ihre Stadt mit einem Viererbündnis zu regieren.

Fraktionsvorsitzender Uwe Becker übergab Rudy Guiliani als Gastgeschenk der CDU-Fraktion ein Frankfurt-Bild der Skyline, in der die Frankfurter Gedenktafel zum 11. September eingearbeitet ist. (mw)

## Präsentation des Plakats „Fußball WM 2006“

Als erster der zwölf Austragungsorte hat Frankfurt am 9. November ein eigenes Plakat für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 präsentiert. Das zwölf mal zehn Meter große Plakat wurde auf dem Römerberg von zwei Hebebühnen aus entrollt. Bis zur WM wird das Transparent zunächst an einer Baustelle im Bahnhofsviertel hängen.

Es ist ein echtes Fußball-Plakat für Frankfurt geworden, auf dem alles zu sehen ist, was dazugehört: ein Ball, ein Fußballschuh, ein dynamischer Schuss und die Frankfurter Skyline. (mw)

*Der sportpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Martin Gerhardt und Bürgermeister Achim Vandreike bei der Vorstellung des WM-Plakats auf dem Römer.*



## Hartz IV und „Frankfurt Jobs“

Die Sozialreform Hartz IV ist die Grundlage des Arbeitslosengeldes II (ALG II), das zum 1. Januar 2005 umgesetzt wird. Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe werden dann zum ALG II zusammengelegt. Betroffen sind Personen zwischen 15 und 65 Jahren, wenn sie nachweisbar bedürftig sind. In Frankfurt sind dies 83.590 Menschen.

In der Plenarsitzung am 13. Oktober 2004 wurde die Magistratevorschlagsvorlage M 187 diskutiert, die den Vollzug des sog. Hartz-IV-Gesetzes

auf der gemeindlichen Ebene regelt und damit auch die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen der Stadt Frankfurt und der Bundesagentur für Arbeit. Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Hilde Krauß, nahm hierzu in der Sitzung Stellung.

In Frankfurt werden fünf Jobcenter entstehen, in denen sowohl die Bezieher von Arbeitslosengeld I als auch die Bezieher von Arbeitslosengeld II beraten, betreut und vermittelt werden. Davon sind drei an den bisherigen Standorten der Bundesagentur, in der Fischerfeldstraße, Frankfurt West und Höchst. Zwei weitere sind noch festzulegen. Etwa 550 Mitarbeiter werden in dieser Arbeitsgemeinschaft tätig sein.

Während die Rücklaufquote der Fragebögen bei der Bundesagentur für Arbeit niedriger ist, hat das Sozialamt die Bögen von rund 80 % der Eingeladenen zurück.

*Hartz IV ist in aller Munde, aber dennoch – oder gerade deswegen – haben die Betroffenen viele, vor allem praktische Fragen.*



Hilde Krauß, sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion.

Wer Arbeitslosengeld II bezieht, ledig und kinderlos ist, erhält bspw. die Kosten der Unterkunft, den Mehrbedarfzuschlag für die Tätigkeit und Fahrgeld, insgesamt etwa um die 980 Euro netto im Monat. Dagegen steht grundsätzlich die Verpflichtung, 25 Stunden in der Woche zu arbeiten. In diesem Zusammenhang wird oft von den „Ein-Euro-Jobs“ gesprochen. Zurzeit gibt es in Frankfurt zirka 2.000 solcher Arbeitsmöglichkeiten. Wichtig ist der CDU-Fraktion, dass die Jobs nicht mit jenen des ersten Arbeitsmarktes konkurrieren. Die Zahl dieser „Frankfurt Jobs“ soll im nächsten Jahr auf rund 4.000 verdoppelt werden. (mw)



## Gripeschutzimpfung

### Gesundheitsdezernent Burggraf geht mit gutem Beispiel voran

Unter dem Motto Gesundheit hautnah erleben, hat der Frankfurter Gesundheitsdezernent Nikolaus Burggraf in der heutigen Sitzung des Gesundheitsausschusses für eine praktische Note gesorgt. Er informierte die Ausschussmitglieder nicht nur über zumeist unterschätzte Gefahren von Grippeerkrankungen

und deren Folgen, sondern ließ sich auch gleich an Ort und Stelle von der Leiterin des Stadtgesundheitsamtes, Frau Dr. Sonja Stark, impfen. Sein anschließendes Angebot an den Ausschuss kam quer durch die Parteien gut an: 9 Mitglieder krepelten spontan die Ärmel hoch und ließen sich den Impfschutz verpassen.



Gesundheitsdezernent Nikolaus Burggraf lässt sich von Dr. Sonja Stark, Leiterin des Stadtgesundheitsamtes, gegen Grippe impfen.

## Wir bewegen uns weiter auf Konsolidierungskurs

Vom 11. bis 13. November fand die Klausurtagung der CDU-Fraktion in Bad Ems statt

„Wir bewegen uns weiter auf dem eingeschlagenen Konsolidierungskurs und setzen im Rahmen der Eckdaten des vom Magistrat vorgelegten Haushaltsentwurfs unsere Akzente“, erläuterte Uwe Becker, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion.

Zusätzliche Haushaltseinsparungen könnten durch effiziente Strukturen im Bereich Wohnungswesen, im Jugendhilfebereich sowie durch die Zusammenführung der Zuständigkeiten für die Kinderbetreuungseinrichtungen im Bereich Bildung erzielt werden. Investitionen plant die CDU im Bereich Recht und Sicherheit sowie für die Aufwertung der Innenstadt zu tätigen.

„Zu den wichtigsten Haushaltsthemen für mich zählen:

- die stufenweise und kontinuierliche Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes um zunächst 5 % ab 2006, um gerade auch im Vergleich zu Umlandgemeinden wettbewerbsfähig zu bleiben.
- die Reduzierung des Personalaufwands der Stadt Frankfurt am Main auf das Niveau vergleichbarer Großstädte.



Stadtbürgermeister Ottmar Canz (Mitte) und Kurdirektor Reinhard Hoppe (links) begrüßten ganz herzlich in ihrer Stadt stellvertretend für alle Klausurteilnehmer (v.l.n.r.): CDU-Ehrevorsitzenden Dr. Ernst Gerhardt, Stadtverordnetenvorsteher Karl-Heinz Bührmann, Fraktionsvorsitzenden Uwe Becker, Stadtrat Dr. Albrecht Magen sowie den Kämmerer Horst Hemzal.

– die Aufwertung der Innenstadt, insbesondere die Neugestaltung der Haupteinkaufsmeile Zeil.

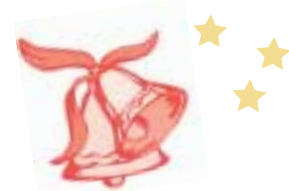
– eine integrierte Verkehrspolitik ohne ideologische Scheuklappen. Dabei sind die verschiedenen Verkehrsmittel wie Auto, ÖPNV und Fahrrad, aber auch Fußgängerverkehr entsprechend ihrer Bedeutung und ihrer Entwicklungsmöglichkeiten zu behandeln.

– ein Jugend- und Sozialhaushalt, der den aktuellen Veränderungen, bspw. durch Hartz IV, und effektiven

Strukturen in der Jugendarbeit gerecht wird“, so Becker.

Im Rahmen der Haushaltsklausur wurde auch die Thematik der Kinder-, Jugend- und Elternberatungsstelle Sachsenhausen intensiv diskutiert. Die CDU-Fraktion schlägt vor, die Aufgaben der Frankfurter Erziehungsberatungsstellen durch ein Modellprojekt zur Krisenintervention bei straffällig gewordenen Kindern und Jugendlichen zu ergänzen. Dabei soll die Beratungsstelle Sachsenhausen erhalten bleiben. (mw)

Die CDU-Fraktions-Geschäftsstelle wünscht Ihnen und Ihrer Familie ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start in das neue Jahr!



(v.l.n.r.) Gisela Götz (Sekretariat), Angelika Koch (Sekretariat), Werner Hain (Referent Wirtschaft, Wohnungsbau und Wohnen, Sport, IT-Beauftragter und Webmaster), Michael Fella (Stv. Geschäftsführer, Referent, Verkehr und Umwelt, Koordination Ortsbeiräte), Christa Panke (Referentin Planen und Bauen, Immigration und Integration, Personal und Organisation), Erich Götz (Referent Gesundheit, Recht und Sicherheit), Uwe Becker (Geschäftsführer), Michaela Wanka (Pressesprecherin, Referentin Finanzen, Jugend und Soziales), Thea Schneider (Sekretariat), Rosemarie Seubert (Sekretariat), Anna-Maria Tönhäuser (Referentin Schule, Kultur und Freizeit, Frauen).



## Der Airbus A 380 kann kommen!

„Ich freue mich darauf, 2007 den ersten Airbus A 380 der Lufthansa in Frankfurt als Heimathafen der nächsten Flugzeuggeneration zu begrüßen“, so kommentierte der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Frankfurt am Main, Uwe Becker, den vom Hessischen Wirtschaftsminister Dr. Alois Rhiel am 29. November präsentierten Planfeststellungsbeschluss zur Errichtung der A-380-Wartungshalle am Frankfurter Flughafen.

„Der Erlass des Planfeststellungsbeschlusses ist ein wichtiger und weitsichtiger Schritt der Hessischen Landesregierung zur Zukunftssicherung des Frankfurter Flughafens. „Nach der Grundsatzentscheidung der Regionalversammlung vom 5. November, grünes Licht für den Bau der Wartungshalle für den neuen Airbus A 380 zu geben, und der Entscheidung des Darmstädter Regierungspräsidenten, den Sofortvollzug zum Bau der Airbushalle zuzulassen, ist dies ein weiterer guter Tag für Frankfurt, die Region und für das ge-



Computeranimation des geplanten Wartungshangar für Airbus A 380 am Frankfurter Flughafen.

samte Land Hessen“, so Becker weiter. „Hessen schafft Zukunft und Frankfurt und die gesamte Rhein-Main-Region profitieren davon.“

Becker unterstützt nachdrücklich die Bewertung von Wirtschaftsminister Rhiel, wonach der Eingriff in das sehr große Waldgebiet minimal im Vergleich zu der verkehrlichen

Bedeutung und den infrastrukturellen Vorteilen der Maßnahme sei. „Der Arbeitsplatzstandort Frankfurt/Rhein-Main wird im Wettbewerb der Städte und Regionen Europas gestärkt. Statt in München können nun zusätzliche Jobs in Frankfurt und der Region entstehen“, so Becker abschließend.

### Wichtige Entscheidung für den Arbeitsplatzstandort Frankfurt

Die Regionalversammlung Südhessen bestätigte am 5. November 2004 ihr Votum vom Dezember 2003, das wegen eines Formfehlers aufgehoben wurde. In der Regionalversammlung sind 98 von den Kreisen und den kreisfreien Städten entsandte Politiker vertreten. Mit dem angesprochenen Planfeststellungsbeschluss können nun im Frühjahr 2005 die Bauarbeiten starten.

Damit ist eine wichtige Hürde für die Wettbewerbsfähigkeit von Deutscher Lufthansa und Fraport AG – und damit auch des Arbeitsplatzstandortes Frankfurt – genommen. Durch den Bau der Werft erhält die Lufthansa Planungssi-

cherheit für ihre A-380-Flotte und der Flughafen besitzt die Möglichkeit, am Wachstum des Weltluftverkehrs teilzunehmen – beides kommt Frankfurt zugute.

Die Wartungshalle soll zum größten Teil außerhalb des eingezäunten Flughafengeländes gebaut werden. Die benötigte Fläche von 22 Hektar ist schon in großem Umfang im Besitz der Fraport AG. Von den 22 Hektar sind 13,5 Hektar Bannwald.

Die Flugzeughalle wird europaweit größte Wartungshalle mit einer Höhe von 45 Metern und einer Länge von 350 Metern. Damit die Großraumflugzeuge mit einer Spannweite von 80 Metern gewar-

tet werden können, beträgt die Breite der Halle 140 Meter.

Für den Standort Frankfurt spricht aus Lufthansa-Sicht, dass in Frankfurt drei Viertel des Langstreckenverkehrs abgewickelt wird. Die A 380 ist für den Interkontinentalverkehr gut geeignet, weil sie mit ihrer Flugkapazität von 555 Fluggästen die bedeutendsten internationalen Flugstrecken effektiv bedienen kann. Mit einer Länge von 72 Metern wird der Airbus das größte zivile Langstreckenflugzeug der Welt sein.

Durch den Flughafenausbau entstehen mehrere tausend neue Arbeitsplätze in der Rhein-Main-Region. (mw)

## „Oberirdische Autobahn in der Stadt“ kann keine Lösung sein

Helmut Heuser, der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion in Frankfurt, reagierte verärgert auf die Veröffentlichung von noch unvollständigem Datenmaterial.

Aus einem Artikel in der Frankfurter Rundschau geht hervor, dass auf der Nibelungenallee etwa in Höhe des Bürgerhospitals eine unterirdische Abzweigung in Richtung Nord-Osten bis zur Kreuzung Friedberger Landstraße / Rat-Beil-Straße erfolgen soll. Die weitere Verkehrsführung wäre oberirdisch, vierspurig, durch die Grünflächen zwischen Günthersburgpark und Bornheimer Friedhof zur A 661 vorgesehen.

„Es ist richtig, dass die CDU-Fraktion eine oberirdische Ver-

kehrsführung zur A 661 auch weiterhin ablehnt. Es ist offensichtlich, dass die betroffenen Stadtteile Bornheim und Nordend entlastet werden müssen. Die CDU-Fraktion setzt sich auch weiterhin für ein sinnvolles Konzept für Anwohner, Verkehrsteilnehmer und letztendlich die Stadt Frankfurt ein. Konsequenterweise befürworten wir deshalb eine vollständig unterirdische Trassenführung von Nibelungenallee bis zur A 661, die im Abschnitt zwischen Richard-Wagner-Straße und Eckenheimer Landstraße an die Oberfläche geführt wird. Die Entlastung vom Alleenring östlich der Eckenheimer Landstraße, der Rat-Beil-Straße sowie der Friedberger Landstraße wäre damit eindeutig



Helmut Heuser  
Verkehrspolitischer  
Sprecher der  
CDU-Fraktion

besser gegeben. Mit solch einer (Zwischen-)Lösung wäre auch die Möglichkeit offen gehalten, die unseres Erachtens langfristig anzustrebende Lösung umzusetzen: einen Alleentunnel, der die beiden Enden der A 66 miteinander verbindet“, so Heuser abschließend.

## Austragung des Turnfestes 2009 in Frankfurt wichtig für Image als Sportstadt und Wirtschaft

„Die CDU-Fraktion begrüßt die Entscheidung des Deutschen Turner-Bundes (DTB). Dies hebt einmal mehr die Qualität unserer Mainmetropole als Sportstadt hervor. Frankfurt hat bereits mit ATP-Tennis-Weltmeisterschaft, Federations-Cup der Damen, Endspiel des DFB-Pokals und Davis-Cup-Spielen bewiesen, die unumstrittene Hauptstadt des Sports zu sein. Die Lage und Qualität unserer Sportstätten, die Verkehrsanbindung und die Unterkünfte stellen sicher, dass das Turnfest in Frankfurt eine hervorragende strukturelle Grundlage hätte“, bekräftigte Martin Gerhardt, der sportpoliti-

sche Sprecher der CDU-Fraktion.

Für die weltweit größte Wettkampf- und Breitensportveranstaltung werden mehr als 100.000 Teilnehmer erwartet. „Neben dem Image als Sportstadt würde auch die Wirtschaft in Frankfurt und den Umlandgemeinden profitieren“, erklärte Gerhardt.

„Gerade auch vor dem historischen Hintergrund freut es mich umso mehr, dass sich der DTB für Frankfurt ausgesprochen hat“, so der sportpolitische Sprecher weiter. 1908 wurde mit dem Deutschen Turnfest die Festhalle eröffnet. Mit dem Zuschlag für 2009 würde das



Martin Gerhardt  
Sportpolitischer  
Sprecher der  
CDU-Fraktion

Deutsche Turnfest nach 1880, 1908, 1948 und 1983 zum fünften Mal in Frankfurt stattfinden.

Wir stellen Ihnen eine Auswahl vor aus den Anträgen und Anfragen der CDU-Fraktion im Römer sowie von Ihren Fragen in der Fragestunde der Plenarsitzung. Sie finden den jeweiligen Gesamttext und den weiteren parlamentarischer Initiativen unter [www.cdu-fraktion-ffm.de](http://www.cdu-fraktion-ffm.de).

## Fahrradträger an Bussen

Die Mitnahme von Fahrrädern sollte zukünftig auch innerhalb der Hauptverkehrszeiten ermöglicht werden. Überfüllte Züge und Busse zu Stoßzeiten stehen heute der praktischen Umsetzung entgegen. In über 400 Metropolen Nordamerikas, in Großbritannien und einigen Städten Deutschlands bewährt sich seit Jahren der Einsatz von Fahrradträgern an Bussen des ÖPNV. Mithilfe dieser am vorderen oder hinteren Ende eines Busses angebrachten Träger lassen sich bis zu vier Räder in Sekundenschnelle sicher verstauen. Die CDU-Fraktion bittet den Magistrat zu prüfen und zu berichten, welche Möglichkeiten bestehen, Busse des ÖPNV in Frankfurt mit Fahrradträgern auszustatten und dies auch bei zukünftigen Ausschreibungen als Leistungsmerkmal zu berücksichtigen.



## Hilfe für psychisch kranke Menschen

Die Zahl psychisch kranker Menschen in Frankfurt nimmt stetig zu. Die Ursachen sind vielfältig – bedingt durch Sucht, Obdachlosigkeit, Scheidung, Arbeitslosigkeit u.a. Die Stadtverordnete Margrit Weißbach fragt deshalb den Magistrat, ob es einen Anhalt für die Zunahme von Gewalt und Straftaten bei psychisch kranken Menschen gibt, welche Möglichkeiten die Stadt hat, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, und welche Institutionen Ansprechpartner sind.

## Kundenfreundliche Fahrkartenautomaten

Der Einstieg in das ÖPNV-Netz am größten Flughafen Kontinentaleuropas entspricht nicht dem Standard einer internationalen Metropole. Der Stadtverordnete Thomas Kirchner bittet deshalb den Magistrat, am Flughafen Frankfurt den Zugang für Reisende bedienerfreundlicher zu gestalten. Hierzu zählen die Installation einer klar verständlichen Gebrauchsanweisung an RMV-Automaten in den gebräuchlichsten Fremdsprachen, Eingabebeispiele für die am häufigsten aufgerufenen Zielhaltestellen („city“ und „central station“) sowie Hinweise auf der Anzeigetafel am Bahnsteig in Richtung Frankfurt und entsprechende Lautsprecherdurchsagen.



## Entsorgung von Abfällen

Bei der Ausschreibung der Entsorgung der Papierkorbinhalte und des Straßenkehrichts durch die Stadt Frankfurt kamen Anbieter zum Zuge, die die Abfälle in einer Verbrennungsanlage in Norddeutschland und einer Deponie in Thüringen beseitigen. Der dadurch entstehende Mülltourismus lässt sich nicht mit dem Ziel einer umweltschonenden und verkehrsvermeidenden Abfallbeseitigung in Einklang bringen. Dies gilt insbesondere mit Blick darauf, dass die AVA Nordweststadt gerade unter Beibehaltung der bisherigen Kapazität saniert wird. Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Markus Frank fragt deshalb den Magistrat, welcher vergaberechtliche Spielraum für die Aufnahme von Umweltqualitätskriterien bei Ausschreibungen für Leistung der Abfallentsorgung bestehe und ob bei den Ausschreibungen Kriterien für eine umweltgerechte Beseitigung (entstehungsnahe Entsorgung oder umweltfreundlicher Transport über Bahn oder Schiff) berücksichtigt wurden.

## Hartz IV / Zeitarbeitsverhältnisse

Durch die anstehende Umsetzung der Hartz-IV-Reform gehen mehr und mehr Arbeitslose Arbeitsverhältnisse mit Zeitarbeitsfirmen ein. Die CDU-Fraktion fragt deshalb den Magistrat, wie viele der vom Sozialamt betreuten Personen seit Juli 2004 solch ein Arbeitsverhältnis eingegangen sind, und mit welcher finanziellen Entlastung für die Stadt Frankfurt aufgrund dieser Entwicklung gerechnet werden kann.

# Das Frankfurt Magazin fragt – Petra Roth antwortet



Petra Roth, 1944 in Bremen geboren, ist Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main und Präsidentin des Deutschen Städtetages. Als Oberbürgermeisterin steht sie seit 1995 an der Spitze des Magistrats. Im Gegensatz zu allen anderen Magistratsmitgliedern wird sie von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt direkt gewählt. Bei den letzten Wahlen im April 2001 wurde sie im Amt bestätigt. Die Mutter zweier inzwischen erwachsener Söhne zog in den 60er-Jahren nach Frankfurt. Seit 1972 engagiert sie sich für die CDU.

**1. Wenn nicht hier, wo würden Sie gerne leben?**

„Da fällt mir nur Bremen ein, aber ich kann mir eigentlich nicht mehr vorstellen, in einer anderen Stadt als Frankfurt zu leben.“

**2. Was ist Ihre liebste Freizeitbeschäftigung?**

„Lesen und Musik hören.“

**3. Welches Talent hätten Sie gerne?**

„Ich würde gerne ein Instrument spielen können.“

**4. Ihr Hauptcharakterzug?**

„Das ist schwer selbst zu beurteilen: Man sagt mir aber Verlässlichkeit nach; dem möchte ich nicht widersprechen.“

**5. Wer oder was hätten Sie sein mögen und warum?**

„Als junge Frau wäre ich gerne Ärztin geworden, weil ich wirklich voller Freude mit unterschiedlichen Menschen zusammen bin und helfen möchte.“

**6. Ihr/e Lieblingsheld/in in der Geschichte, Gegenwart oder Dichtung?**

„Eine bewundernswerte historische Gestalt war für mich immer Florence Nightingale, in der Gegenwart ein Politiker wie der ehemalige Oberbürgermeister von New York Rudy Giuliani, in der Literatur hat mich Lessings Minna von Barnhelm sehr berührt: Sie ist entschieden und verleugnet doch vor sich selbst ihre Ängste nicht; eine selbstbewusste Frau.“

**7. Was würden Sie gerne einmal machen, wozu Sie jedoch noch keine Gelegenheit hatten?**

„Ohne Zeitdruck mit Fachleuten die städtebauliche Entwicklung der Zukunft erörtern.“

**8. Traditionen, die Sie nicht missen möchten?**

„Privat: die Treffen mit meinen Söhnen und meiner Mutter an Geburtstagen und zu Weihnachten. Öffentlich: Gedenk-

tage, die für unser Selbstverständnis als Nation unverzichtbar sind, wie der 3. Oktober.“

**9. Was bringen Sie „spontan“ mit der CDU in Verbindung?**

„Den Willen zur Freiheit, zur gesellschaftlichen Verantwortung und zur Leistungsbereitschaft.“

**10. Mit welcher Person würden Sie gerne mal über politische Themen diskutieren und warum?**

„Mit Hans Magnus Enzensberger, weil er so ungemein scharfsinnig, urban und kritikfähig ist.“

**11. Welchen Job in der Politik würden Sie gerne mal für vier Wochen ausüben?**

„Den der Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main mit den weitreichenden Befugnissen der süddeutschen Amtskollegen.“

**12. Ihr Lebensmotto?**

„Blicke kritisch zurück und entschlossen nach vorn.“

# Einladung zum Politischen Aschermittwoch der Frankfurter **CDU**



Ehrengast

**Ole von Beust**

Erster Bürgermeister der Freien  
und Hansestadt Hamburg

Mit Musik und kostenlosem  
Heringessen

**9. Februar 2005, 19.30 Uhr**  
Bürgerhaus Harheim, In den Schafgärten 21